

BILDUNG REAL

Das Magazin des Verbandes Deutscher Realschullehrer und der Lehrkräfte an Schulen im Sekundarbereich

Bundesdelegiertenversammlung des VDR in Bad Kissingen



17 **Erinnerung und Verantwortung:**
VDR auf Symposium in Krakau und in
Auschwitz-Birkenau

22 **Bildungsministerkonferenz:**
Bayern übernimmt Präsidentschaft

41 **Starker Auftritt:**
VDR und lehrer nrw auf der
Didacta in Köln

INHALT



17 Ralf Neugschwender spricht zu Schulleitungen aus ganz Europa in Krakau



21 Neue Kooperation mit SIXT: VDR-Mitglieder profitieren ab sofort von attraktiven Sonderkonditionen des Mobilitätsanbieters



24 Der KI-Schulpreis wird auf dem Bildungscampus in Heilbronn erstmals verliehen

EINBLICKE UND AUSBLICKE	4
BUNDESDELEGIERTENVERSAMMLUNG DES VDR	
Bad Kissingen – wo Erholung auf Kulinarik trifft	6
Grußworte aus Politik und Wirtschaft	8
56. MÜLHEIMER KONGRESS	
Mit Courage gegen Vorurteile	14
KAMPF GEGEN ANTISEMITISMUS	
Erinnerung, Verantwortung und Bildung – Eindrücke aus Krakau und Auschwitz-Birkenau	17
4 FRAGEN AN ...	
Jacques Frojmovics	20
NEUE PARTNERSCHAFT	
VDR und SIXT bringen Sie flexibel ans Ziel	21
„CHALLENGE UP“	
Mit Herzschlag und Hightech – Bayern übernimmt die Präsidentschaft der Bildungsministerkonferenz 2026	22
RÜCKBLICK: DIDACTA VERBAND, VDR UND DL INTENSIVIEREN ZUSAMMENARBEIT	23
DER ERSTE KI-SCHULPREIS IN HEILBRONN	24
VDR FRAUEN	
Starke Impulse für die Verbandsarbeit – zentrale Themen zur Bundesdelegiertenversammlung	26
VDR SENIORINNEN UND SENIOREN	
VDR Bundesseniorenvertretung aktiv – erfolgreiche Treffen auf Bundesebene	28
AUS DEN LÄNDERN	
<i>Bayern</i>	30
<i>Hessen</i>	31
<i>Nordrhein-Westfalen</i>	31
<i>Saarland</i>	33
<i>Sachsen-Anhalt</i>	34

INHALT

AUS DEM DBB

Heini Schmitt ist neuer dbb Fachvorstand Beamtenpolitik 35

Staat handlungsfähig machen – Impulse für Staatsmodernisierung
und Bürokratieabbau 36

Tarifverhandlungen: Den Anschluss erreicht! 38

dbb-Jahrestagung in Köln: Bildung, Staatsmodernisierung und
Demokratie im Fokus 39

**AUSTAUSCH MIT DEM ZENTRALVERBAND DES
DEUTSCHEN HANDWERKS** 40

**STARKER AUFTRITT: LEHRER NRW UND VDR
AUF DER DIDACTA** 41

IMPRESSUM 43



41 Auf der didacta 2026 in Köln

Anzeige

**STARK, WENN'S
DRAUF ANKOMMT**

EXKLUSIV FÜR PKV-MITGLIEDER

**Beste Leistungen erlebst du,
weil wir mit ganzem Herzen
für dich da sind.**

Als Marktführer mit 120 Jahren Erfahrung sind wir an
deiner Seite – ein Leben lang. Von Generation zu Generation.
Gegründet von Mitgliedern für Mitglieder.



Mehr Infos?
Hier scannen!



Debeka

Das Füreinander zählt.

EINBLICKE UND AUSBLICHE



Ralf Neugschwender,
Bundesvorsitzender

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

wir stehen kurz vor der Bundesdelegiertenversammlung in Bad Kissingen. Vom 7. Mai bis 9. Mai 2026 findet sie unter dem Motto „Starke Lehrkräfte. Starke Bildung. Starke Demokratie“ statt. Als oberstes gewähltes Organ unseres Verbandes bestimmt sie die Richtlinien der Verbandspolitik für die kommenden vier Jahre. Die Delegierten aus den Landesverbänden werden einen neuen geschäftsführenden Vorstand wählen und knapp 100 Anträge beraten.

Diese anstehenden Entscheidungen fallen in eine Zeit, in der die Herausforderungen für unser Bildungssystem spürbar zunehmen. Die Welt bleibt nicht stehen – und die Themen, die uns erreichen, sind zahlreich und drängend. Auch der Blick in die eingereichten Anträge aus den Landesverbänden zeigt, wie aktuell und dringend viele Handlungsfelder sind.

Ein besonders deutliches Signal liefert dabei das Deutsche Schulbarometer: Die aktuellen Ergebnisse zeigen eine erschreckende Entwicklung. Erstmals seit der Corona-Pandemie nimmt der Anteil der Kinder und Jugendlichen mit psychischen Auffälligkeiten wieder zu. Für uns als VDR ist klar: Die Politik darf dieses Signal nicht ignorieren. Schule ist nicht nur Lernort, sondern Lebensraum – und dieser Lebensraum gerät für viele junge Menschen zunehmend unter Druck.

Schule hat einen entscheidenden Einfluss auf das Wohlbefinden von Schülerinnen und Schülern. Gute Beziehungen zu Lehrkräften, ein positives Klassenklima und qualitativ hochwertiger Unterricht wirken stabilisierend und stärkend. Gleichzeitig erleben wir, dass Lehrkräfte täglich Enormes leisten, aber immer häufiger an ihre Grenzen stoßen. Wer von Schulen erwartet, Bildungserfolg zu sichern und zugleich psychische Stabilität zu fördern, muss auch die notwendigen Rahmenbedingungen schaffen.

Daraus ergibt sich ein klarer Handlungsauftrag an die Bildungspolitik: eine deut-

lich bessere personelle Ausstattung mit Schulpsychologinnen und Schulpsychologen, mehr zeitliche Ressourcen für pädagogische Arbeit sowie kleinere Klassen, um individuelle Förderung wirklich zu ermöglichen. Beziehungsarbeit ist kein Schlagwort – sie braucht Zeit und verlässliche Strukturen.

Neben diesen inhaltlichen Herausforderungen lebt erfolgreiche Bildungspolitik auch vom Dialog. Das hat sich zuletzt auf der Didacta in Köln eindrucksvoll gezeigt. Der gemeinsame Stand von VDR und Lehrer nrw war ein voller Erfolg. Der intensive Austausch mit Lehrkräften sowie mit Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträgern aus Politik, Verwaltung und Bildungswirtschaft hat wertvolle Impulse gegeben. Im Rahmen des Deutschen Lehrerverbandes werden wir die Zusammenarbeit mit dem Didacta Verband weiter vertiefen.

Inhaltlich standen zentrale Zukunftsfragen im Mittelpunkt: Lehrkräftemangel, Digitalisierung und die Weiterentwicklung unseres Bildungssystems. In den Panels „Lernen und Prüfen neu denken“ sowie „Next Level Berufsorientierung“, an denen ich teilnehmen durfte, wurde deutlich, wie stark sich Schule verändern muss – und zugleich, worauf es ankommt: klare rechtliche Rahmenbedingungen, ein moderner Leistungsbegriff und eine frühzeitige, praxisnahe Orientierung in einer zunehmend komplexen Bildungs- und Arbeitswelt. Gerade hier zeigen unsere Schularten ihre besondere Stärke, indem sie Allgemeinbildung und berufliche Perspektiven erfolgreich verbinden.

Umso wichtiger ist der enge Austausch mit Partnern aus der Wirtschaft, etwa dem Zentralverband des Deutschen Handwerks, der Deutschen Industrie- und Handelskammer sowie der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände. Die wertschätzenden Grußworte, die Sie in dieser Ausgabe finden, sind dabei ein eindrucksvoller Gradmesser für das gemeinsame Verständnis und die gewachsene Verbundenheit. Sie zeigen, wie tragfähig

und wichtig dieses Miteinander ist – denn Bildung gelingt nur im Zusammenspiel aller Akteure.

Ein wichtiges Signal setzt auch die bayerische Präsidentschaft der Bildungsministerkonferenz im Jahr 2026. Das Leitmotiv „Challenge up: Herzschlag und Hightech“ verbindet digitale Bildung mit Bewegung und mentaler Stärke. Entscheidend ist dabei ein pädagogisch sinnvoller Einsatz digitaler Technologien – mit Augenmaß und Blick auf individuelle Lernwege. Ebenso begrüßenswert ist die klare Betonung eines positiven Leistungsbegriffs: Leistung soll eingefordert werden – wertschätzend, motivierend und ermutigend. Jungen Menschen etwas zuzutrauen, ist zentral für gelingende Persönlichkeitsbildung.

Bei allen bildungspolitischen Themen dürfen wir jedoch die gesellschaftlichen Herausforderungen nicht aus dem Blick verlieren. Gewalttaten und antisemitische Angriffe auf jüdisches Leben erschüttern weltweit, und die Zunahme dieser Übergriffe erfüllt mich mit großer Sorge. Zugleich zeigt der Blick auf die internationale Lage, wie unsicher und bedrohlich die Welt derzeit ist: der eskalierende Konflikt im Iran, der anhaltende Krieg Russlands gegen die Ukraine, die wachsenden Spannungen zwischen den USA und China sowie weitere Krisenherde weltweit belasten unsere Gesellschaft und wirken unmittelbar auf das Leben junger Menschen in unseren Schulen. Orientierung, Resilienz und Zuversicht zu vermitteln, wird unter diesen Bedingungen zu einer besonders herausfordernden, aber umso wichtigeren Aufgabe für uns als Lehrkräfte.

Die Bedeutung dieser Verantwortung wurde mir besonders deutlich bei einem Symposium der European Jewish Association in Krakau, verbunden mit dem Besuch der Gedenkstätte Auschwitz-Birkenau. Die dort gewonnenen Eindrücke wirken bis heute nach – sie machen die Tragweite von Geschichte und Gegenwart spürbar und mahnen uns, wachsam zu bleiben. Bildung trägt eine zentrale Verantwortung im Kampf gegen Antisemitismus.

Der VDR hat diese Verantwortung bewusst übernommen und war als Kooperationspartner vertreten. Der Austausch mit Schulleitungen aus ganz Europa hat noch einmal verdeutlicht, wie groß unsere gemeinsame Aufgabe ist.

Gerade in herausfordernden Zeiten kommt es auf Klarheit, Zusammenhalt und Entschlossenheit an. Die bevorstehende Bundesdelegiertenversammlung bietet uns die Chance, gemeinsam die richtigen Weichen zu stellen. Lassen Sie uns diese Verantwortung mit Zuversicht annehmen – für starke Lehrkräfte, eine starke Bildung und eine starke Demokratie.

Ihr Ralf Neugschwender,
Bundesvorsitzender VDR

STARKE LEHRKRÄFTE
STARKE BILDUNG
STARKE DEMOKRATIE

www.vdr-bund.de

BAD KISSINGEN

Wo Erholung auf Kulinarik trifft

Kerstin Mück kennt und liebt diesen Ort und stellt uns ihre Highlights vor

Liebe Kolleginnen und Kollegen im VDR und seinen zahlreichen Landesverbänden, es ist mir eine Ehre, Ihnen und Euch den wunderschönen Ort unserer diesjährigen Bundesdelegiertenversammlung ein wenig näher bringen zu dürfen. Denn Bad Kissingen ist für mich längst zu einem festen Anlaufpunkt geworden – auch wenn ich eigentlich ein Stück weiter nördlich in der Barockstadt Fulda zu Hause bin.

Besonders im Sommer zieht es meinen Mann und mich an das wunderschöne Fleckchen Erde an der fränkischen Saale, wenn der „Kissinger Sommer“ mit seinen zahlreichen Konzerten die ganze Stadt belebt und ihr eine besondere Atmosphäre verleiht. Ob als Open Air oder im Regentenbau – für jeden musikalischen Geschmack ist etwas dabei und durch die historischen Gebäude ein besonderes Highlight.



Für einen Kurzurlaub oder ein verlängertes Wochenende ist Bad Kissingen prädestiniert. Rund um das Hotel Frankenland, aber auch von den anderen Hotels und Pensionen aus, lässt sich vieles bequem zu Fuß oder mit dem E-Bike (natürlich auch mit dem Fahrrad) erreichen: der Kurpark mit der Trinkhalle, die Wege entlang der fränkischen Saale, der Regentenbau und die Innenstadt liegen nah beieinander. Man kann einfach losziehen, ohne viel planen zu müssen, und findet schnell schöne Orte zum Durchatmen, Verweilen oder – was wir bevorzugt bei einem Cappuccino an der Promenade machen - Leute beobachten.

Ein fester Bestandteil meiner Aufenthalte ist bei gutem Wetter ein Spaziergang zur Saline. Die salzhaltige Luft ist wohltuend und schafft in kurzer Zeit ein Gefühl von Erholung. Auch die Salzgrotte ist ein angenehmer Rückzugsort, wenn man bewusst eine Pause einlegen möchte. Ebenso empfehlenswert ist ein Besuch in der KissSalis Therme. Dort lässt sich nach einem intensiven Tag wunderbar entspannen – sei es im warmen Thermalwasser oder in den verschiedenen Saunen.

Sehr gerne bin ich auch in der Innenstadt unterwegs. Sie ist geprägt von vielen kleinen Geschäften, Cafés und liebevoll geführten Läden, die zum Bummeln einladen. Besonders angenehm finde ich, dass vieles weitestgehend barrierefrei gestaltet ist. Breite Wege, gut zugängliche Eingänge und kurze Distanzen machen es leicht, sich ohne große Umstände durch die Stadt zu bewegen.

Einer meiner ganz persönlichen Lieblingsorte ist das Geschäft „Pralinen Troll“. Mit der Welt der guten Schokolade bin ich übrigens nicht von allein in Berührung gekommen. Dafür ist die ehemalige Vorsitzende der VDR-Frauen, Marlis Tasser, verantwortlich. Sie hat mich vor Jahren sozusagen „eingeführt“ – und seitdem weiß ich eine richtig gute Praline sehr zu schätzen.

Im vom Inhaber Ottmar Troll geführten Geschäft gibt es handgefertigte Geschmacksexplosionen in Kleinformat. Für mich gehört ein Besuch dort inzwischen fest zu jedem Aufenthalt dazu. Vielleicht nehme ich auch häufiger bei Rückfahrten aus dem Süden die Autobahnausfahrt Bad Kissingen, denn die restliche Familie ist längst „trollifiziert“ und freut sich über edlen Schokoladen-Nachschub.

Besonders spannend ist auch die Kombination aus Troll-Pralinen und edlen Destillaten, die es im Laden ebenfalls käuflich zu erwerben gibt. Die Brennerin Franziska hat feine Brände aus dem Frankenland kreiert, die hervorragend zu den Pralinen passen. Oder vielleicht war es auch umgekehrt – wer weiß. Entscheidend ist das Ergebnis: Eine Kombination, die man sich ruhig einmal gönnen darf.

Gerade im Rahmen der Bundesdelegiertenversammlung des VDR im Mai 2026 bietet Bad Kissingen mit all seinen feinen Highlights einen sehr passenden Rahmen. Nach einem intensiven Sitzungstag lassen sich kleine Wege durch den Kurpark, ein Abstecher in die Innenstadt oder ein spannender Besuch im 3.000 m² großen Wellness- und Badebereich des Hotels Frankenland am Abend integrieren.

Für mich persönlich bleibt Bad Kissingen ein Ort, an den ich immer wieder gerne zurückkomme. Vielleicht, weil er so nah an Fulda liegt. Vielleicht aber auch, weil sich hier Erholung, Kultur und kleine Genussmomente ganz selbstverständlich verbinden.

GESCHICHTLICHES ÜBER BAD KISSINGEN IN ALLER KÜRZE

Bad Kissingen blickt auf eine lange Geschichte als Siedlungs- und Kurort zurück, deren Entwicklung eng mit den natürlichen Heilquellen der Region verbunden ist. Erste urkundliche Erwähnungen stammen aus dem 9. Jahrhundert. Schon früh wurden die salzhaltigen Quellen genutzt, zunächst vor allem zur Salzgewinnung. Die Bedeutung des Ortes wandelte sich jedoch im Laufe der Jahrhunderte grundlegend: Aus einer Siedlung mit wirtschaftlicher Nutzung der Sole entwickelte sich nach und nach ein Ort der Heilung und Erholung.

Ein entscheidender Schritt hin zum Kurort erfolgte im 16. Jahrhundert, als die heilende Wirkung der Quellen zunehmend in den Fokus rückte. Ab dem 18. Jahrhundert begann der gezielte Ausbau der Infrastruktur für Kurgäste. Besonders prägend war das 19. Jahrhundert: Unter der Herrschaft der bayerischen Könige, allen voran König Ludwig I. und Prinzregent Luitpold, wurde Bad Kissingen systematisch zu einem mondänen Kurort ausgebaut. In dieser Zeit entstanden viele der bis heute prägenden Gebäude wie der Regentenbau, die Wandelhalle, großzügige Kuranlagen sowie weitläufige Park- und Promenadenflächen.

Mit der zunehmenden Popularität der Heilbäder entwickelte sich Bad Kissingen zu einem Treffpunkt des europäischen Adels, von Politikern, Künstlern und wohlhabenden Bürgern. Auch Reichskanzler Otto von Bismarck verbrachte mehrfach Kuraufenthalte in der Stadt, was zusätzlich zur Bekanntheit beitrug. Die Verbindung aus medizinischer Betreuung, gepflegter Landschaft und gesellschaftlichem Leben machte Bad Kissingen zu einem der bedeutendsten Kurorte Europas.

Im 20. Jahrhundert wandelte sich die Struktur des Kurwesens. Neben klassischen Trinkkuren traten zunehmend moderne Therapieformen, Rehabilitation und Gesundheitsangebote in den Vordergrund. Gleichzeitig öffnete sich die Stadt stärker für den Tourismus und entwickelte ihr kulturelles Angebot weiter. Konzerte, Veranstaltungen und die Pflege der historischen Bausubstanz stärkten das Profil als Kur- und Kulturstadt.

Heute ist Bad Kissingen ein moderner Gesundheits- und Erholungsort, der seine Tradition mit zeitgemäßen Angeboten verbindet. Die historischen Kuranlagen, die Saline, der Kurpark und Einrichtungen wie die KissSalis Therme stehen beispielhaft für diese Entwicklung. 2021 wurde die Stadt gemeinsam mit anderen bedeutenden europäischen Kurorten als Teil der „Great Spa Towns of Europe“ in das UNESCO-Welterbe aufgenommen. Damit wurde die lange Geschichte Bad Kissingens als international geschätzter Kurort auch offiziell gewürdigt und unterstrichen, wie prägend die Heilquellen und die Kurkultur bis heute für die Stadt sind.

Grußworte

aus Politik und Wirtschaft

Karin Prien

Bundesministerin für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend



Die tägliche Arbeit der Schulleitungen und Lehrkräfte in unserem Land verdient höchsten Respekt. Sie alle arbeiten unter zunehmend anspruchsvollen Bedingungen – oft weit über das hinaus, was selbstverständlich ist. Studien zeigen, dass gute Lehrkräfte maßgebend sind für den Lernerfolg, mehr noch als gute Ausstattung und andere Rahmenbedingungen.

Umso wichtiger ist eine fachlich fundierte Fort- und Weiterbildungskultur, um Lehrkräfte bestmöglich zu unterstützen, auf die vielfältigen Herausforderungen zu reagieren. Gut aus- und fortgebildete Lehrkräfte sind das Fundament eines starken Bildungssystems. Deshalb braucht es eine enge Verständigung aller, die in den Hochschulen Verantwortung für die Lehramtsausbildung tragen – Fachwissenschaften, Fachdidaktiken, Bildungswissenschaften,

darüber, wie die Qualität der Lehrkräftebildung nachhaltig verbessert werden kann.

In den vergangenen Jahren sind dafür wichtige Strukturen entstanden: Die Zentren für Lehrkräftebildung und Schools of Education – auch dank der vom Bund finanzierten „Qualitätsoffensive Lehrkräftebildung“.

Ziel ist eine Lehrkräftebildung aus einem Guss: von der Hochschulbildung über den Vorbereitungsdienst bis hin zur Fort- und Weiterbildung. Es braucht eine enge Kooperation, um angehende wie erfahrene Lehrkräfte bestmöglich aus- und fortzubilden.

Vieles ist bereits passiert, um dem Lehrkräftemangel entgegenzuwirken. Aber Herausforderungen bleiben: vor allem in den MINT-Fächern, in den beruflichen Fächern und in den beruflichen Schulen fehlen gut ausgebildete Lehrkräfte. Die grundlegende Ausbildung muss fortlaufend verbessert werden, und zugleich ist es wichtig, Quer- und Seiteneinsteigerinnen und -einsteiger gut zu qualifizieren.

Mit den „Kompetenzzentren für digitales und digital gestütztes Unterrichten in Schule und Weiterbildung“ stärkt der Bund seit 2023 die Fortbildung in den Ländern bei diesem wichtigen Thema. In enger Zusammenarbeit zwischen Bund und

Ländern sind zahlreiche praxisnahe Fortbildungskonzepte entstanden, etwa zum KI-Einsatz im Unterricht oder zur demokratischen Schulentwicklung.

Ein weiterer wichtiger Schritt ist die Bund-Länder-Initiative „Digitales Lehren und Lernen“ (BLI) im Rahmen des Digitalpakts 2.0. Gemeinsam mit den zuständigen Ländern setzen wir uns dafür ein, dass Forschung und Transfer für eine bundesweite, evidenzbasierte Qualitätsentwicklung der Lehrkräftebildung für Lehrerinnen und Lehrer aller Schulformen vorangebracht werden.

Dabei sind die Stimmen aus der Praxis unverzichtbar. Die Erfahrungen, Erwartungen und Perspektiven der Lehrkräfte sind im bildungspolitischen Diskurs dringend notwendig. Es ist gut und wichtig, dass sich der Verband Deutscher Realschullehrer hier immer wieder Gehör verschafft.

Ich wünsche dem 26. Bundesrealschultag einen guten Verlauf, anregende Diskussionen und Ergebnisse, die ihren Weg in den pädagogischen Alltag finden.



Dr. Markus Söder
Bayerischer Ministerpräsident

Bayern ist Bildungsland. Aus Überzeugung setzen wir auf ein differenziertes und durchlässiges Bildungssystem und eine Schullandschaft, die Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene bestmöglich fordert und fördert. Verschiedene Schularten ermöglichen unterschiedliche Schwerpunktsetzungen. Persönlichen Interessen und individuellen Begabungen können wir so besonders gut begegnen.

Zum Erfolg des bewährten Bildungswesens im Freistaat tragen die Realschulen maßgeblich bei. Theorie und Praxis, beides hat hier seinen Platz. Ob Berufsausbildung oder weiterer Schulbesuch mit anschließendem Hochschulstudium – vieles ist mit einem erfolgreichen Realschulabschluss möglich! Er ist Türöffner für eine erfolgreiche berufliche Zukunft und ein eigenverantwortliches Leben.

Entscheidende Bedeutung kommt dabei der engagierten Arbeit von Schulleitungen und Lehrkräften zu. Mit Expertise und Engagement begleiten und unterstützen sie ihre Schülerinnen und Schüler auf ihrem Bildungsweg. Der Verband Deutscher Realschullehrer steht ihnen als Dachorganisation der Landesverbände in den Ländern zur Seite. Er bündelt ihre Interessen und bringt sich ein für eine starke Realschule. Damit ist er zugleich kompetenter Ansprechpartner für die Politik. Gemeinsam gilt es, die hohe Attraktivität und Qualität der Realschule heute und morgen zu sichern!

Dank und Anerkennung allen, die sich dabei einbringen. Alles Gute für den 26. Bundesrealschultag in Bad Kissingen!

Anna Stolz, MdL
Bayerische Staatsministerin für Unterricht und Kultus

Die Bedeutung der Realschule als wichtige Säule eines differenzierten Schulwesens wird durch den Bundesrealschultag in besonderer Weise sichtbar. Als Schulart der Mitte gelingt an Realschulen die perfekte Verzahnung von Theorie und Praxis. Ihr Abschluss genießt bundesweit hohe Anerkennung und bietet jungen Menschen eine ausgezeichnete Grundlage für vielfältige berufliche Karrierewege sowie für die schulische Weiterbildung bis hin zur Hochschulreife. Damit leistet die Realschule einen unverzichtbaren

Beitrag zur Fachkräftesicherung und zur Stärkung des Bildungsstandorts Deutschland.

Dieser Erfolg ist untrennbar mit dem herausragenden Einsatz der Lehrkräfte und Schulleitungen verbunden. Sie leisten hervorragende Bildungsarbeit und gestalten Schule als Lern- und Lebensraum. Eine positive Leistungskultur, die fördert, anspornt und Orientierung gibt, macht junge Menschen stark für ihr späteres Leben und ermutigt sie, unsere Gesellschaft aktiv mitzugestalten.



Mit innovativen Lehrmethoden und zielgerichtetem Einsatz digitaler Medien werden Kinder und Jugendliche fit gemacht für das Leben und Arbeiten in einer global vernetzten Welt und können individuelle Begabungen entfalten und vertiefen. Für diese professionelle und verantwortungs-

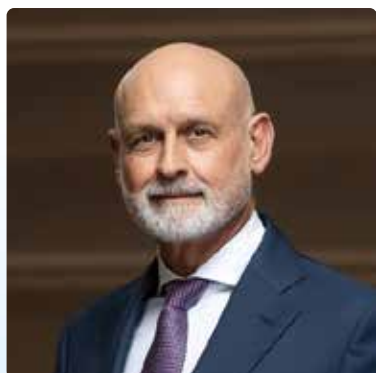
volle Arbeit danke ich Ihnen herzlich! Der enge und vertrauensvolle Dialog mit den Lehrkräfteverbänden ist ein zentrales Fundament, um beste Bildung und gute Rahmenbedingungen auch künftig zu sichern. Die Impulse des Verbandes Deutscher Realschullehrer

sind geprägt von fachlicher Expertise und Praxisnähe. Ein zentrales Thema ist dabei die Sicherung der Unterrichtsversorgung. In Bayern setzen wir auf den bewährten Austausch mit der Realschulfamilie und finden passgenaue Lösungen, sodass auch künftig hervorragend ausgebildete Lehr-

kräfte an Realschulen unterrichten.

Ich danke dem Verband Deutscher Realschullehrer herzlich für das Engagement und die wertvollen Impulse und wünsche weiterhin viel Freude bei der wichtigen Verbandsarbeit.

Volker Geyer Bundesvorsitzender dbb beamtenbund und tarifunion



Der Schulalltag verlangt Ihnen seit langem viel ab. Sie erleben täglich, wie der Lehrkräftemangel die Arbeit verdichtet und zu teils erheblichen Belastungen führt. Die Arbeitsbedingungen werden spürbar schwieriger, Bildungsstudien belegen in einer erschreckenden Regelmäßigkeit den hohen Handlungsbedarf. Gleichzeitig leisten Sie Tag für Tag Außerordentliches, damit Unterricht stattfindet und Schülerinnen und Schüler verlässlich begleitet werden.

Angesichts der vielfältigen Herausforderungen im Schulalltag würde man von der Politik konstruktive Vorschläge erwarten, wie unsere Schulen gestärkt werden können. Umso befremdlicher ist es, dass manche politische Akteure stattdessen das Berufsbeamtentum als ein zentrales Fundament unseres öffentlichen Bildungswesens in Frage stellen. Diese Debatte ist höchst problematisch, weil sie die Bedeutung der Arbeit von Lehrkräften verkennt, die Attraktivität des Berufs schwächt und damit am Ende die Verlässlichkeit und Qualität schulischer Bildung gefährdet.

Deshalb ist es wichtig, dass die Forderungen aus der Praxis klar formuliert werden und wir gemeinsam an Lösungen arbeiten, die dem Bildungssystem tatsächlich helfen. Der Bundesrealschultag ist dafür ein wichtiges Forum der Bildungspraxis. Was hier beraten und angestoßen wird, wirkt weit über diesen Tag hinaus in Bildungspolitik und Schulpraxis nach.

Schulen im Sekundarbereich I sind tragende Säulen unseres differenzierten Schulsystems. Sie ermöglichen eine passgenaue Förderung und verbinden fundierte Bildung mit praxisnahen Lernwegen sowie einer verlässlichen Berufsorientierung. Mit ihrem besonderen Praxisbezug leisten sie einen entscheidenden Beitrag, dem Fachkräftemangel bereichsübergreifend und wirksam entgegenzuwirken. Genau deshalb muss die Gleichwertigkeit der Bildungswege konsequent umgesetzt werden, indem individuelle Fördermöglichkeiten ausgebaut und unsere Realschulen und die ihnen verwandten Schulen gestärkt werden.

Wir erwarten eine klare Prioritätensetzung: Bildung braucht Ressourcen, nicht weitere Verunsicherung. Wer junge Menschen gut bilden will, muss die Menschen stärken, die diese Arbeit leisten. Das heißt auch, Attraktivität und Verlässlichkeit im Beruf zu sichern, durch gute Arbeitsbedingungen, faire Bezahlung und klare Perspektiven.

Dazu gehört auch ein eindeutiges Bekenntnis zum Beamtenstatus für Lehrkräfte, das der zentralen Verantwortung des Lehrberufs und seiner Bedeutung für unsere Gesellschaft gerecht wird. Der dbb beamtenbund und tarifunion steht dem VDR bei seinen Forderungen fest an der Seite und unterstützt ihn nach besten Kräften. Ich wünsche allen Kolleginnen und Kollegen einen erfolgreichen 26. Bundesrealschultag, erfolgreiche Beratungen und wegweisende Beschlüsse.



Stefan Düll Präsident Deutscher Lehrerverband

Realschullehrerinnen und Realschullehrer tragen Tag für Tag eine zentrale Säule unseres Bildungssystems. Nicht die eine „Schule für alle“ macht ein modernes Land stark, sondern ein gegliedertes Schulwesen, das für jede Schülerin und jeden Schüler die passende Schulart bereithält. Es geht nicht um Aussortieren, sondern um Zupassen: die geeignete Schule für den einzelnen Menschen mit seinen Talenten, seinem Tempo und seiner Biografie.

Viel zu oft kreist die öffentliche Bildungsdebatte fast ausschließlich um das Gymnasium und das Abitur. Das verfehlt die Realität in unserem Land. Die deutsche Schul- und Bildungslandschaft ist vielseitig und reich an Übergängen und Bildungswegen. Die wenigsten Schulabschlüsse sind Gymnasialabiture. Ein starker mittlerer Schulabschluss, erworben an einer starken Realschule, ist für unsere Gesellschaft und Wirtschaft ebenso unverzichtbar wie das Abitur.

Deshalb braucht es eine klare Schärfung des Profils der Realschule als eigenständige Schulart mit eigenem Anspruch und eigener Professionalität. Dazu gehört eine schulart- und abschlusspezifische Lehramtsausbildung: ein anspruchsvolles Studium, idealerweise mit Staatsexamen und zweijährigem Referendariat, das genau auf die Bildungsgänge zum mittleren Schulabschluss vorbereitet. Wer Realschule unterrichtet, braucht passgenaue, nicht verwässerte Qualifizierung – vom ersten Semester bis zum Eintritt in den Beruf.

Wenn wir junge Menschen für das Lehramt gewinnen wollen, müssen wir das Studium und den Beruf zugleich attraktiver machen. Für die Realschule heißt das: gute Arbeitsbedingungen statt immer neuer Aufgaben, Entbürokratisierung statt Misstrauenskultur, Verzicht entbehrlicher Projekte statt Dauer-Überfrachtung. Lehrkräfte sollen unterrichten, erziehen, begleiten, statt einen großen Teil ihrer Zeit mit unterrichtsfernen Aufgaben zu verlieren. Nur dann wird die Realschule als Arbeitsort konkurrenzfähig bleiben.

Die besondere Stärke der Realschule liegt in ihrer doppelten Anschlussfähigkeit: Sie öffnet Türen sowohl zum beruflichen Schulwesen als auch zum Gymnasium und zur Hochschule. Sie verbindet Allgemeinbildung und praxisnahe Vorbereitung der beruflichen Bildung in vorbildlicher Weise. Genau diese Verbindung ist im 21. Jahrhundert Gold wert: für Betriebe, für weiterführende Schulen, vor allem aber für die Jugendlichen selbst.

Der Deutsche Lehrerverband steht an der Seite der Realschule und ihrer Lehrkräfte. Ihre Arbeit verdient mehr Sichtbarkeit, mehr Wertschätzung und klare politische Rückendeckung. Eine moderne Bildungspolitik darf nicht monoman auf das Abitur starren, sondern muss die Realschule bewusst stärken: als leistungsfähige, anschlussfähige und zukunftssichere Schulart in der Mitte des Systems.

In diesem Sinne: Vielen Dank für Ihr Engagement – und einen erfolgreichen und ermutigenden Vertretertag!

Dr. Rainer Dulger Präsident der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA)

Es ist mir eine große Freude, Ihnen zum 26. Bundesrealschultag ein herzliches Grußwort zu übermitteln. Die Realschule hat für die Arbeitgeber in Deutschland eine herausragende Bedeutung. Sie ist eine starke, eigenständige Säule unseres Bildungssystems – und sie ist ein entscheidender Garant dafür, dass

junge Menschen erfolgreich in Ausbildung und Beruf starten können.

In Zeiten, in denen der Fachkräftemangel zu einer der größten Herausforderungen für unsere Wirtschaft geworden ist, zeigt sich der Wert einer guten und verlässlichen schulischen Bildung, die Praxisnä-



he, solide Wissensvermittlung und klare Berufsorientierung miteinander verbindet. Die Realschule leistet

hierbei einen unverzichtbaren Beitrag: Viele Betriebe gewinnen ihre zukünftigen Fachkräfte über genau diesen Bildungsweg. Ihre Schülerinnen und Schüler zeichnen sich durch Leistungsbereitschaft, Teamfähigkeit und eine realistische Vorstellung vom Arbeitsleben aus – Eigenschaften, die das Fundament für einen erfolgreichen Start in die duale Ausbildung bilden.

Besonders hervorheben möchte ich die Bedeutung der MINT-Fächer. Technisches Verständnis, mathematische Kompetenzen und der Mut, sich mit Zukunftstechnologien auseinanderzusetzen, sind essenziell, um Deutschlands Wohlstand auch in Zukunft zu sichern. Die Realschule schafft hier früh wichtige Grundlagen. Damit motiviert sie junge Menschen, sich für naturwissenschaftliche und technische Berufe zu begeistern – und öffnet ihnen Wege in Branchen, die für unsere Innovations- und Wettbewerbsfähigkeit zentral sind und dringend Nachwuchs benötigen.

Ebenso zentral ist die Berufsorientierung, die an den Realschulen verlässlich verankert ist. Durch Praktika,

gezielte Einblicke in die Arbeitswelt und eine enge Zusammenarbeit mit regionalen Unternehmen gelingt es, Talenten frühzeitig Perspektiven zu eröffnen. Diese Verbindung von Schule und Wirtschaft ist ein Erfolgsmodell. Das bundesweite Netzwerk SCHULEWIRTSCHAFT schlägt hier die Brücken, das u.a. von den Arbeitgeberverbänden getragen wird. Diese Zusammenarbeit ist ein Grundpfeiler dafür, dass junge Menschen informierte Entscheidungen über ihre beruflichen Wege treffen können.

Dennoch gibt es aus unserer Sicht auch deutlichen Handlungsbedarf im Schulbereich, den die Schulleistungsstudien der letzten Jahre allzu klar bestätigen. Die Ausbildungsreife ist nach der Schule keineswegs automatisch gegeben, es fehlt zu oft an Basiskompetenzen. Bildung muss wieder ganz oben auf die politische Agenda. Kein junger Mensch darf durchs Raster fallen. Schulqualität und Bildungsgerechtigkeit müssen zusammengedacht werden. Das heißt: systematisch hinschauen, gezielt fördern, wirksam verbessern – mit verbindlichen Leitzielen,

überprüfbar Kennziffern und einer datengestützten Schulentwicklung. Nur so können wir Basiskompetenzen sichern, Leistungsschwächen abbauen und Talente fördern.

Ich danke Ihnen, liebe Realschullehrerinnen und Realschullehrer, für Ihr großes Engagement, Ihre Professionalität und Ihre Leidenschaft für gute Bildung. Sie begleiten junge Menschen in einer entscheidenden Phase ihres Lebens – und Sie tun dies mit Kompetenz, Herz und hohem Verantwortungsbewusstsein. Dafür möchte ich Ihnen ausdrücklich Anerkennung aussprechen.

Lassen Sie uns gemeinsam daran arbeiten, jungen Menschen beste Startchancen zu ermöglichen – sie sind die Fachkräfte und Gestalter von morgen.

Ich wünsche Ihnen einen inspirierenden Bundesrealschultag, konstruktive Diskussionen und viele Impulse, die Ihre wichtige Arbeit weiter stärken.



Peter Adrian
Präsident der Deutschen Industrie- und Handelskammer (DIHK)

Realschulen prägen seit Jahrzehnten die Bildungslandschaft unseres Landes, aber vor allem wird sie geprägt durch Sie, die Lehrkräfte. Ihr Einsatz, Ihre Professionalität und Ihr pädagogisches Geschick sind der Kern dessen, was diese Schulform so erfolgreich macht.

In einer Zeit, in der Digitalisierung, Fachkräftemangel sowie der ökologische und demografische Wandel enorme Anforderungen an Wirtschaft und Gesellschaft stellen,

gewinnt die Berufliche Bildung weiter an Bedeutung. Die duale Ausbildung bleibt ein entscheidender Erfolgsfaktor für die wirtschaftliche Stärke Deutschlands. Damit junge Menschen ihren Weg in Ausbildung und Beruf souverän gehen können, braucht es eine starke schulische Grundlage und genau diese schaffen Sie jeden Tag.

Sie vermitteln nicht nur Kompetenzen, sondern Orientierung, Motivation und Selbstvertrauen. Sie begleiten Ju-

gendliche in einer Phase, in der Weichen für ihr gesamtes weiteres Leben gestellt werden. Viele erfolgreiche Ausbildungswege beginnen im Klassenzimmer einer Realschule mit einem ermutigenden Gespräch, einer guten Erklärung, einer klaren Rückmeldung. Diese Wirkung ist unbezahlbar, und sie ist weit größer, als es Statistiken oder politische Debatten jemals abbilden können.

Zugleich stehen Sie zunehmend unter Druck: Fachkräftemangel im Kollegium, steigende Heterogenität der Schülerschaft, gesellschaftliche Erwartungen und ein rasanter technischer Wandel prägen Ihren Alltag. Dennoch gelingt es Ihnen, jungen Menschen Halt, Struktur und Perspektive zu geben. Dafür verdienen Sie nicht nur Respekt, sondern echte Anerkennung.

Der Deutsche Realschullehrerverband setzt sich seit vielen Jahren dafür ein, dass diese Leistung sichtbar wird und

dass Politik und Gesellschaft verstehen, wie zentral die Realschule für die Zukunft unseres Landes ist. Ihre fachliche Expertise, Ihre Nähe zur Praxis und Ihr Engagement für gute Rahmenbedingungen sind unverzichtbar.

Ich danke Ihnen im Namen der Deutschen Industrie- und Handelskammer und der 79 Industrie- und Handelskammern, vor allem aber auch im Namen der Unternehmen in Deutschland von Herzen für Ihre wertvolle Arbeit: für Ihre Geduld, Ihre Haltung, Ihren Anspruch an Qualität und für die Unterstützung, die Sie jungen Menschen Tag für Tag geben. Sie leisten einen Beitrag, der weit über das Klassenzimmer hinauswirkt in unsere Betriebe, in Kommunen und in die wirtschaftliche Entwicklung unseres Landes hinein.

Ich wünsche Ihnen weiterhin viel Erfolg, Kraft und Anerkennung für Ihre bedeutende Aufgabe!

Jörg Dittrich Präsident des Zentralverbandes des Deutschen Handwerks (ZDH)



Wer mich als Kind gefragt hat, was ich einmal werden möchte, bekam die Antwort prompt. Dachdecker! Das war kein Zufall. Durch meinen Vater und Großvater hatte ich früh erlebt, was es bedeutet, im Handwerk zu arbeiten, Verantwortung zu übernehmen und unternehmerisch zu denken.

Heute wissen viele junge Menschen deutlich weniger über die Chancen und Perspektiven des Handwerks. Gleichzeitig stehen wir vor einer der größten Herausforderungen unseres Landes: der Sicherung des künftigen Fachkräftebedarfs. Das Handwerk ist auf qualifizierte, engagierte Nachwuchskräfte angewiesen. Denn

nur mit ihnen können Energie- und Mobilitätswende, Gesundheits- und Daseinsversorgung in der Zukunft gelingen.

Zum 26. Bundesrealschultag übermittele ich dem Verband Deutscher Realschullehrer meine herzlichen Grüße und meinen Dank. Realschulen leisten einen entscheidenden Beitrag zur Fachkräftesicherung. Realschülerinnen und Realschüler bringen vielfach genau die Stärken mit, die das Handwerk braucht: Praxisnähe, Leistungsbereitschaft, Verantwortungsbewusstsein und Teamfähigkeit. Diese Eigenschaften braucht es für eine erfolgreiche duale Ausbildung, die wiederum die Basis für Qualität und Innovationskraft in unseren Betrieben ist.

Damit Jugendliche eine fundierte Berufswahl treffen können, müssen sie frühzeitig die Vielfalt und Attraktivität beruflicher Bildung kennenlernen. Gerade die berufliche Bildung mit ihren Fort- und Weiterqualifizierungen bis hin zum Meisterbrief

und zur Selbstständigkeit bietet beste Perspektiven. Unternehmergeist entsteht nicht von allein, er braucht Vorbilder und Orientierung.

Hier kommt der Berufsorientierung an Realschulen eine Schlüsselrolle zu. In enger Zusammenarbeit mit Handwerkskammern, Innungen, Kreishandwerkerschaften und Betrieben können Talente entdeckt, gefördert und gezielt begleitet werden. So entsteht ein realistisches Bild beruflicher Möglichkeiten und die Grundlagen für erfolgreiche Ausbildungs- und Erwerbsbiografien. Deutschland braucht eine Bildungswende, die berufliche und akademische Bildung gleichwertig anerkennt. Mit starken Realschulen und starken Partnern im Handwerk sichern wir die Fachkräfte von morgen und damit Wohlstand und Stabilität in unserem Land.



Beeindruckende Persönlichkeit, herzerwärmender Vortrag: Prof. Dr. Lorenz Narku Laing begeisterte das Publikum.

Rund 100 Teilnehmerinnen und Teilnehmer sowie zahlreiche Ehrengäste erlebten beim 56. Mülheimer Kongress ein spannendes Programm.



Fotos: Jochien Smets

Antisemitismus, Rassismus und Diskriminierung in der Schule begegnen: So lautete das Thema des 56. Mülheimer Kongresses am 26. und 27. November. Keine leichte Kost – doch der Kongress brachte dank hervorragender Referenten einen hohen Erkenntnisgewinn und viele Anregungen für die schulische Praxis.

MIT COURAGE **GEGEN** VORURTEILE

Eingangs lädt Prof. Dr. Lorenz Narku Laing sein Publikum zu einer kleinen Zeitreise durch die Kulturgeschichte ein. „Nennen Sie mir einen Komponisten, der vor 1960 gestorben ist“, lautet der erste Auftrag an die Zuhörerschaft. Namen wie Beethoven, Mozart, Brahms schwirren durch die Luft. „Und nun nennen Sie mir bitte einige Philosophen“. Das Spiel geht weiter. Aristoteles, Rousseau, Descartes, Schopenhauer, Nietzsche ruft es aus dem Publikum. „Und nun gerne einige Künstler“. Michelangelo, da Vinci, Mo-

net, Rembrandt, van Gogh werden in den Raum geworfen. Zum Schluss bittet der Professor noch um ein paar Autoren, Schriftsteller oder Dichter. Goethe, Schiller, Fontane werden ins Feld geführt. Laing steht vorn und nimmt dieses beachtliche Potpourri abendländischer Hochkultur mit einem Lächeln zur Kenntnis.

Charmant entlarvt

Ob etwas an dieser Liste auffällig sei, fragt der Professor sein geneigtes Publikum. Ratlose Gesichter im Saal. „Sie haben mir ausschließlich weiße Männer genannt.“ Keine Clara Schumann,

keine Hildegard von Bingen, keine Frida Kahlo, keine Jane Austen. Die Zuhörerschaft ist sicht- und hörbar verblüfft. Soeben hat jemand auf äußerst charmante Weise ihr männlichkeitsdominiertes, eurozentristisches Weltbild entlarvt.

Der Vortrag von Prof. Laing ist das Highlight des Mülheimer Kongresses 2025. Das liegt nicht zuletzt an der Person des Sozialwissenschaftlers und Rassismusforschers, der an der Evangelischen Hochschule Bochum lehrt. Die Professur trat er 2022 mit nur 30 Jahren an. Außerdem ist er Gründer der Diversityberatung Vielfaltsprojekte GmbH. Dieser Prof. Dr. Lorenz Narku Laing hat eine faszinierende

Biografie. Geboren in Mainz als Sohn eines jamaikanischen Vaters und einer ghanaischen Mutter, wächst er unter ärmlichen Bedingungen auf. Alltagsrassismus ist ein ständiger Begleiter in Kindheit und Jugend. Zuhause nennen seine Eltern ihn Narku, aber sie haben ihm in kluger Voraussicht auch einen deutschen Vornamen gegeben. Lorenz ist dein Bewerbungsname, schärft der Vater ihm ein. Den muss er zum ersten Mal benutzen, als er aufs Gymnasium wechselt. Wie er denn heiße, fragt ihn der Klassenlehrer. „Narku.“ – Ob er denn auch einen richtigen Namen habe, fragt der Pädagoge. Alltagsrassismus eben. Seitdem heißt Narku in der Schule Lorenz.

„Wegen solcher Menschen kann ich heute Professor sein“

Laing erzählt das ohne jede Verbitte- rung. Denn er hat auch andere Leh- rinnen und Lehrer kennengelernt. Frau Weber zum Beispiel. Die war fassungs- los, als ihr zwölfjähriger Schüler Lorenz Narku weinend und in Handschellen von zwei Polizisten „zur Klärung eines Sachverhalts“ in der Schule abgeliefert wurde. In dem Gymnasium war an je- nem Tag wegen einer Lehrerkonferenz unterrichtsfrei. Das wollten die Beam- ten dem schwarzen Jungen, den sie in der Stadt angetroffen hatten, nicht glauben – und schon gar nicht, dass er überhaupt Gymnasiast sei. Frau Weber spie den Polizisten entgegen, dass sie Rassisten seien und jagte sie brüllend vor Zorn vom Hof. „Sie ist komplett eskaliert“, erinnert sich Laing, „und ich war glücklich, weil mich da jemand mit Leidenschaft und Herz verteidigt hat.“ Eine Kollegin von Frau Weber zahlte aus eigener Tasche Schulbücher für den Jungen, weil sich seine Familie das zeitweise nicht leisten konnte. „We- gen solcher Menschen kann ich heute Professor sein und zu Ihnen sprechen“, sagt Laing.

Selten hat ein Referent sein Publikum bei einem Mülheimer Kongress der- art berührt wie Prof. Dr. Lorenz Narku Laing. Mit profundem Wissen, das er nicht mit erhobenem Zeigefinger, son- dern mit Witz und großer Warmher- zigkeit präsentiert, sensibilisiert er sein Publikum anhand vieler Beispiele dafür, dass Diskriminierung gesellschaftliche Normalität ist. Antidiskriminierung hingegen sei „eine aktive profession- nelle Haltung und keine passive Nor-



Die weiteren Speakerinnen und Speaker: 1. **Katja Kuklinski** schilderte einige aufwühlende Fälle von Antisemitismus in Schulen. – 2. **Dr. Rüdiger Fleiter** vom Klett-Verlag führte aus, wie sich die Darstel- lung jüdischen Lebens in Schulbüchern verändert hat. – 3. und 4. **Florian Beer** und **Dr. Marc Grimm** stellten einen Leitfaden für eine diskriminierungssensible Schulentwicklung vor. – 5. **Thorsten Schmalt** moderierte den Mülheimer Kongress gewohnt souverän und streute hier und da eine humoristische Note ein. – 6. **Ina Holev** erläuterte Merkmale von Antisemitismus und Rassismus.

malität“. Wünschenswert wäre, sagt er, „dass wir in Deutschland Diskrimi- nierung so ernst nehmen würden wie Datenschutz“. Laings mit sehr langem Applaus und begeisterten Reaktio- nen gefeierter Vortrag setzt den Ton für den 56. Mülheimer Kongress. Er nimmt dem Kongressthema ein wenig die Schwere. Ganz wichtig, betont er

in seinem Schlusswort: „Antidiskrimi- nierung muss Spaß machen. Feiern Sie Vielfalt!“

Eine Schule mit Courage

Wie das geht, zeigen am zweiten Tag zum Beispiel einige Lehrkräfte, Schülerinnen und Schüler der Wil- ly-Brandt-Schule in Mülheim. Die Ge-

Schule mit Courage (v. l.): Lehrer Alexander Knöpke, Schülerin Tessa, Lehrer Pascal Heina, Ex-Schülersprecherin Farida, Christian Hüttemeister (Landeskoordinator), Andrea Stern (Regionalkoordinatorin Mülheim), Schülerin Amelie, Lehrerin Daniela Hawes.



samtschule gehört zum bundesweit über 1.400 Schulen umfassenden Netzwerk Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage. Dort sind mittlerweile 13 Lehrkräfte sowie 35 Schülerinnen und Schüler in der Courage-Arbeit engagiert, berichtet SV-Lehrer Pascal Heina. Den Stein ins Rollen gebracht, lobt er, habe die inzwischen ehemalige Schülerin Farida. Die frühere Schülersprecherin, die heute studiert, forcierte einen Neustart: „Wir hatten ein Schild an der Fassade, dass wir ‘Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage’ sind, aber es gab wenig Aktivität.“ Das hat sich nachhaltig geändert: Seither haben zum Beispiel über 40 Workshops stattgefunden. Für das Schulleben sei das eine enorme Bereicherung, hebt Pascal Heina hervor.

Erschütternde Fälle von Antisemitismus

Katja Kuklinski von der Servicestelle für Antidiskriminierungsarbeit/Beratung bei Rassismus und Antisemitismus (SABRA) hat weniger Erfreuliches zu berichten. Sie spricht über Antisemitismusarbeit nach dem 7. Oktober 2023, dem Tag des Hamas-Überfalls auf Israel. Seitdem sei die Zahl und Intensität antisemitischer Vorfälle sprunghaft gestiegen, auch und besonders in Schulen. Sie schildert einige aufwühlende Fälle, etwa den des Schülers Max, der von drei Mitschülern erst gemobbt und wenig später angegriffen wird – weil er Jude ist. Eines Tages reißen sie ihm den

Davidstern, den er bei einer Ferienfreizeit für jüdische Kinder geschenkt bekommen hat, vom Rucksack und fordern ihn auf, „Free Palestine“ zu sagen. Als er das verweigert, verprügeln sie ihn so brutal, dass er wegen seiner Gesichtsverletzungen im Krankenhaus operiert werden muss. Für die drei Täter gab es übrigens keine nennenswerten Konsequenzen. Stattdessen muss in fast allen Fällen das betroffene Kind die Schule wechseln, sagt Katja Kuklinski. So war es am Ende auch bei Max.

Hochsensible Aufgabe

Antisemitismus ist schwer greifbar, erläutert die Medienkulturwissenschaftlerin Ina Holev am zweiten Kongressstag. In den seltensten Fällen basieren antisemitische Hetze oder Straftaten auf realen Erfahrungen mit dem Judentum und seiner Geschichte, sondern auf verzerrten Vorstellungen über „die Juden“, so die Expertin. Wie wichtig und hochsensibel vor diesem Hintergrund die Aufgabe von Bildungsmedien und insbesondere Schulbüchern ist, erklärte Dr. Rüdiger Fleiter, Historiker und Redakteur beim Ernst Klett Verlag. „Wir dürfen keine problematischen Stereotypen zulassen – mehr noch: Unsere Materialien müssen zu deren Abbau beitragen.“ Wie sorgsam Schulbücher gerade beim Thema Judentum und Antisemitismus recherchiert, quergeprüft und lektoriert werden, machte Fleiter anhand zahlreicher Beispiele deutlich.

60 Minuten Unterricht gegen 60 Sekunden TikTok

Nicht leichter wird die Arbeit der Schulen und Schulbuchverlage gegen Antisemitismus durch die „Konkurrenz“ zu Social Media. „Wie sollen wir mit 60 Minuten Unterricht gegen 60 Sekunden TikTok ankommen?“, fragte Dr. Marc Grimm von der Bergischen Universität Wuppertal ebenso plakativ wie provokativ. In der Tat finde Antisemitismus auf Social Media, weil bildbasiert und emotionalisierend, leicht den Weg in die Köpfe.

Gemeinsam mit Grimm umriss Florian Beer (SABRA) daher Grundzüge einer diskriminierungssensiblen Schulentwicklung. Dazu haben die beiden einen praxisorientierten Handlungsleitfaden entwickelt, der in 35 Fragen und Antworten zentrale Aspekte der Prävention, Intervention und Repression von Antisemitismus im schulischen Kontext behandelt. Der Leitfaden richtet sich an Pädagoginnen, Schulleitungen und weitere Akteure im Bildungsbereich und steht zum kostenlosen Download zur Verfügung.

Jochen Smets





Von Ralf Neuschwender, Vorsitzender des Verbandes Deutscher Realschullehrer (VDR) und Florian Klemm, stellvertretender Vorsitzender des Bayerischen Realschullehrerverbandes (brlv) und Schulleiter der Staatlichen Realschule Marktoberdorf

Erinnerung, Verantwortung und Bildung Eindrücke aus Krakau und Auschwitz-Birkenau

Anfang Dezember nahmen wir gemeinsam an einem mehrtägigen Symposium der European Jewish Association (EJA) in Krakau teil. Eingeladen waren Schulleiterinnen und Schulleiter aus ganz Europa – rund 120 Führungskräfte aus dem Bildungsbereich kamen zusammen, um sich über Antisemitismus, historische Verantwortung und die Rolle von Schule und Bildung im heutigen Europa auszutauschen.

Bildung braucht Haltung

Der erste Tag des Symposiums war geprägt von intensiven Gesprächen, Vorträgen und Workshops. Schnell wurde deutlich, wie stark antisemitische Tendenzen in vielen europäischen Ländern wieder zunehmen – oft subtil, manchmal offen, zunehmend verstärkt durch digitale Medien. Bildung kann und darf sich hier nicht neutral verhalten. Sie ist ein zentraler Pfeiler unserer Demokratie.

Eine besondere Ehre war es, dass Ralf Neuschwender als Vorsitzender des Verbandes Deutscher Realschullehrer (VDR) eingeladen wurde, auf diesem europäi-

schen Symposium eine Rede zu halten. In seinem Beitrag machte er deutlich, wie praxisnah und konkret Bildung Verantwortung übernehmen muss:

(Auszüge aus der Rede): „Unsere Schulkarten haben traditionell eine sehr heterogene Schülerschaft. Besonders in städtischen Räumen ist der Anteil von Kindern und Jugendlichen mit Migrationsgeschichte stark gewachsen. Damit gehen große Chancen einher, aber auch Herausforderungen. Viele Lehrkräfte berichten von Antisemitismus, der aus dem Elternhaus oder durch mediale Einflüsse mitgebracht wird und dem sie pädagogisch verantwortungsvoll

begegnen müssen. Als Verband haben wir uns in vielen Landesverbänden der IHRARA-Arbeitsdefinition von Antisemitismus angeschlossen. Das ist ein klares Selbstverständnis: Wir stehen für eine Schule, die Haltung zeigt, und wir wirken sowohl bundesweit als auch in fast allen Bundesländern aktiv auf Lehrpläne und bildungspolitische Entscheidungen ein. Der Kampf gegen Antisemitismus gehört zu unseren wichtigsten Anliegen.

Bildung ist in Deutschland föderal organisiert – ein bewusster Schluss aus unserer Geschichte. Jedes Bundesland schreibt eigene Lehrpläne. Dennoch lassen sich einige Gemeinsamkeiten festhalten: In Fächern wie Geschichte, Deutsch und Religionslehre sind vielfältige Bezüge zum Judentum verankert, der Holocaust ist in allen Bundesländern Unterrichtsinhalt und in vielen Ländern ist der Besuch einer Gedenkstätte wie Dachau, Buchenwald oder



Das Konzentrations- und Vernichtungslager Auschwitz-Birkenau



Bergen-Belsen fest verankert. Im Deutschunterricht werden häufig Werke wie „Das Tagebuch der Anne Frank“ gelesen, im Religionsunterricht Besuche von Synagogen ermöglicht, um Begegnungen zu schaffen. Besonders schmerzhaft ist allerdings, dass die Zeit der persönlichen Begegnungen mit Holocaust-Überlebenden zu Ende geht. Die letzten Stimmen dieser Generation, wie die unvergessene Margot Friedländer, die dieses Jahr verstorben ist, verlieren wir. Umso mehr müssen wir Wege finden, ihre Botschaft lebendig zu halten.

Doch der Blick zurück allein reicht nicht. Deshalb arbeiten wir seit Jahren mit Partnern zusammen, die jungen Menschen authentische Vorbilder vermitteln. Ein Beispiel ist der jüdische Rapper Ben Salomo, der Schulklassen besucht und eindrücklich zeigt, wie antisemitische Narrative in mo-

dernen Liedtexten transportiert werden. Ein weiteres Beispiel ist das Arolsen Archiv, das weltweit größte Archiv zu Opfern und Überlebenden des Nationalsozialismus. Auf unseren Lehrkräfte-Kongressen sind sie regelmäßig vertreten und helfen, Wissen zu teilen, historische Dokumente nutzbar zu machen und aktive Erinnerungskultur mit Demokratiebildung zu verbinden.

Auch die Rolle des Sports ist wichtig: Das Projekt „Zusammen 1“ von Makkabi Deutschland zeigt, wie körperliche, verbale und visuelle Formen von Antisemitismus im Sport auftreten. Auf dieser Basis werden pädagogische Angebote in ganz Deutschland umgesetzt – auf dem Sportplatz, im Unterricht und online. Sport erreicht viele Jugendliche, die sonst schwer erreichbar sind.

Abschließend möchte ich betonen: Wir brauchen historische Bildung, Begegnungen und Vorbilder – aber vor allem brauchen wir eine Haltung, die jeden Tag in unseren Schulen gelebt wird. Der Journalist Marcel Reif hat es im Deutschen Bundestag in einem Satz zusammengefasst, der mich sehr bewegt: „Sei a Mensch.“ Das ist kein Kalenderspruch. Es ist die Grundlage unseres Zusammenlebens. Es ist das, was wir unseren Schülerinnen und Schülern vermitteln wollen – von Lehrkraft zu Schüler, von Schüler zu Schüler, und immer: von Mensch zu Mensch.“

Auschwitz-Birkenau – ein Ort, der verpflichtet

Der zweite Tag führte uns an einen Ort, der sich jeder Beschreibung entzieht: die Gedenkstätten Auschwitz und Auschwitz-Birkenau. Der Besuch dieser Orte hat uns

tief erschüttert und bleibt nachhaltig im Gedächtnis. In Birkenau fand wenige Meter von einer ehemaligen Gaskammer entfernt eine jüdische Zeremonie statt – ein Moment von kaum zu ertragender Dichte. Vergangenheit und Gegenwart, Zerstörung und Würde, Trauer und Erinnerung lagen hier erschreckend nah beieinander.

An diesem Ort wurde der Begriff „Massenvernichtung“ in seiner ganzen Ungeheuerlichkeit begreifbar – nicht als abstrakte Kategorie, sondern als brutale Realität. Besonders eindrücklich war der Anblick eines einzelnen Kinderschuhs in einer der Vitrinen. Die bunten Farben waren trotz des Alters noch zu erkennen. Dieses Kind hätte noch sein ganzes Leben vor sich gehabt – mit Zukunft, Träumen und Möglichkeiten. In diesem Moment wurde besonders schmerzhaft klar: Es geht nicht um „sechs Millionen“, sondern um Millionen einzelne Leben. Um Kinder, Eltern, Großeltern. Um Menschen mit Namen, Familien und Hoffnungen.

Der Besuch der Gedenkstätte machte deutlich, wie wichtig es ist, Geschichte nicht in Zahlen, sondern in Gesichtern zu begreifen. Dieser Gedanke lässt uns bis heute nicht los – und verbindet sich unmittelbar mit der Verantwortung, die wir als Pädagoginnen und Pädagogen tragen.

Antisemitismus heute – eine neue Dringlichkeit

Gerade vor dem Hintergrund der aktuellen weltweiten Entwicklungen wirken diese Eindrücke noch stärker nach. Gewalttaten und antisemitische Angriffe auf jüdisches Leben erschüttern Menschen weltweit. Der Anschlag auf eine Chanukka-Feier in

Ralf Neugschwender entzündet für die deutsche Delegation eine Kerze zum Gedenken an die Opfer





Das Hauptlager in Auschwitz

Sydney steht dabei stellvertretend für viele weitere Orte, an denen jüdische Gemeinschaften bedroht und angegriffen werden.

Seit dem 7. Oktober 2023 und dem menschenverachtenden Überfall der Hamas auf Israel hat sich die Lage spürbar verschärft. Antisemitische Übergriffe haben in Deutschland, Europa und weltweit massiv zugenommen. Jüdisches Leben steht wieder unter Druck.

Besonders alarmierend ist die zunehmende Leugnung, Relativierung und bewusste Verzerrung des Holocausts. Sie gehört zu den verstörendsten Instrumenten, die derzeit gegen Jüdinnen und Juden eingesetzt werden – verstärkt durch soziale Medien, in denen Aufmerksamkeit, Reichweite und Provokation oft wichtiger sind als Wahrheit. Ignoranz gegenüber dem Holocaust ist nicht neu. Neu ist jedoch der Umfang und die Geschwindigkeit, mit der sich

Fehlinformationen verbreiten – gerade unter jungen Menschen.

Bildung als Schutzschild der Demokratie

Vor diesem Hintergrund wird deutlich, wie zentral die Rolle von Bildung ist. Es reicht nicht aus zu vermitteln, was geschehen ist. Ebenso wichtig ist die Frage, warum es geschehen konnte, welche Warnsignale es gab – und wie wir diese heute erkennen können. Bildung muss junge Menschen befähigen, Mechanismen von Ausgrenzung, Entmenschlichung und Hass zu durchschauen und daraus Verantwortung für die Gegenwart abzuleiten.

Dass der Verband Deutscher Realschullehrer (VDR) bei diesem Symposium als Kooperationspartner vertreten war, ist ein bewusstes Signal. Gemeinsam mit Vertreterinnen und Vertretern aus Bayern, Nordrhein-Westfalen und anderen Regionen

Deutschlands konnten wir unsere Perspektiven einbringen und den europäischen Dialog aktiv mitgestalten. Der Austausch hat eindrücklich gezeigt, wie groß unsere gemeinsame Verantwortung ist – und wie notwendig dieser Dialog bleibt.

Verpflichtung für die Zukunft

Die Gespräche in Krakau und insbesondere der Besuch von Auschwitz-Birkenau wirken nach – persönlich wie beruflich. Sie verpflichten uns, Haltung zu zeigen und Verantwortung zu übernehmen.

Der Kampf gegen Antisemitismus gehört zu unseren zentralen Aufgaben als Pädagoginnen und Pädagogen, als Schulleitungen und als Verbände.

Denn wer Antisemitismus bekämpft, verteidigt nicht nur jüdisches Leben – er verteidigt unsere Demokratie.

Von links nach rechts: Beim Symposium in Krakau Ralf Neugschwender spricht zu den Teilnehmerinnen und Teilnehmern; Bild in der Mitte: Ralf Neugschwender, Thorsten Schmalt, der als Schulleiter Albert-Schweitzer-Realschule Remscheid-Lennep aus Nordrhein-Westfalen teilgenommen hat und Florian Klemm, Schulleiter der Staatlichen Realschule Marktobberdorf aus Bayern; Bild rechts: Neugschwender und Klemm beim Symposium



1234

Fragen an



Jacques Frojmovics

1. Herr Frojmovics, seit wann engagieren Sie sich bei Shorashim, und was hat Sie persönlich dazu bewogen, sich gemeinsam mit anderen Freiwilligen für diese Form der Erinnerungs- und Bildungsarbeit einzusetzen?

Meine Mutter Sarah Moskovic ist vor über sechs Jahren verstorben. Sie hat die Shoah überlebt. Die letzten direkten Zeugen verschwinden. Außerdem wurde der Negationismus immer präsenter. Daher habe ich mich ganz spontan und ohne wirklich zu wissen, worauf ich mich einließ, mit einigen Personen aus meinem Umfeld organisiert, um in Schulen Zeugnis abzulegen. Diese erste Bewegung, die vom Jüdischen Sozialdienst in Brüssel geleitet wurde, ist nach und nach verkümmert, hauptsächlich weil die Referenten befürchteten, von ihrem Publikum angegriffen zu werden, in einem Kontext antisemitischer Reden, die in den letzten Jahren häufig geworden sind. Nach dem Massaker vom 7. Oktober in Israel habe ich beschlossen, eine neue Gruppe von Zeugen der zweiten Generation zu organisieren, die sehr motiviert waren. Wir haben einen neuen Ansatz erprobt, bei dem diese Angst angesprochen wurde. Wir haben verschiedene Möglichkeiten erkundet, damit umzugehen, einschließlich der „schwierigen Fragen“ bezüglich Gaza und Israel.

2. Welche pädagogischen Ziele verfolgt das Projekt Shorashim und wie fügt es sich in bestehende Konzepte der Demokratiebildung und Erinnerungsarbeit an Schulen ein?

Anfangs wusste ich nicht, was das Ziel meiner Zeugenaussagen war. Es stellte sich jedoch schnell heraus, dass das, was nach dem Zeugnis geschieht, am interessantesten ist! Im schulischen Rahmen folgen die Schülerinnen und Schüler vorgeschriebenen

Unterrichtsstunden. Unsere Zeugenaussagen sind Familiengeschichten, die durch ihren Inhalt das Publikum tief berühren. Unsere Geschichten enthalten kein kontroverses Element und die Aufmerksamkeit der Jugendlichen wird erfasst, weil wir ihre Emotionen ansprechen. Das Erste, was ich sage, ist, dass ich Jude bin. Sehr oft haben die jungen Menschen noch nie einen getroffen, außer stereotypen Figuren, antisemitischen Karikaturen oder israelischen Soldaten, die Gaza zerstören. Ich füge hinzu, dass ich der Sohn illegaler Einwanderer bin. Da die Schulbevölkerung in Belgien oft eine Jugend von Einwandererkindern ist, können sie sich sofort mit mir identifizieren.

Es folgen schnell Fragen wie „warum gibt es Antisemitismus?“ Ich werfe diese Frage an das Publikum zurück, was Fragen zu Stereotypen auslöst (Juden sind sehr reich, sehr schlau und besitzen die Welt). In einer Umgebung von Einwandererkindern frage ich, ob sie andere Stereotype kennen – regelmäßige Antwort: „alle Araber sind Diebe“. Auf meine Frage „stimmt das?“, lautet die Antwort: „nein!“ Ein Thema führt zu anderen: die Angst vor dem Anderen, die Identität, die Angst, seine Identität zu behaupten. Wir sprechen über verschiedene Kulturen, Ursprünge, Ernährung, Religion. Dann kommt die Frage der Freiheiten: Wie weit geht meine persönliche Freiheit, wo ist die Grenze zwischen meiner Freiheit und der der anderen. Schließlich, was sind die Grenzen und die ständigen Herausforderungen der Demokratie.

Das Thema Mobbing, unter dem viele Jugendliche leiden, wird oft angesprochen. Uns liegt es am Herzen, über positive Beispiele zu sprechen, wie die Gerechten, die Juden und andere Unerwünschte des Nazi-Regimes gerettet haben. Was hätten wir getan, wenn wir vor der Wahl gestanden hätten, Juden während der Verfolgungen zu retten oder nicht?

Wir bieten nicht unbedingt Antworten auf die gestellten Fragen, sondern ermutigen die Jugendlichen, sich zu hinterfragen und die erhaltenen Informationen selbst zu überprüfen. Dies führt uns dazu, Fake News, die Quelle der Informationen und ihre Gültigkeit anzusprechen. Zusammenfassend: Wir ermutigen die Schülerinnen und Schüler, sich unablässig zu hinterfragen.

3. Wie gestaltet sich ein Schulbesuch von Ihnen konkret, und was erwartet die Schulfamilie?

Meistens werden die Schülerinnen und Schüler von den Lehrkräften vor unserem Besuch vorbereitet, über den Geschichtsunterricht, Staatsbürgerkunde, Moral oder

Religion. Dies ermöglicht es ihnen, die Shoah zu konzeptualisieren, da sie oft wenig Kenntnis vom Zweiten Weltkrieg haben. Dies ist umso wichtiger in der heutigen Zeit, in der die Shoah manchmal verwendet wurde, um den Krieg in Gaza darzustellen. Manchmal bereiten die Jugendlichen vor unserem Besuch Fragen vor. Spontane Fragen sind oft produktiver. Die anfängliche Erwartung der Schuleinrichtungen ist eher, die Erinnerung an die Shoah vor allem zu bewahren, da die erste Generation in dieser Bewegung der „Erinnerungspflicht“ war, die die Schulen kennen.

4. Sie betonen, wie wichtig die direkte Verbindung zu den jungen Menschen ist. Welche Erfahrungen machen Sie im direkten Austausch mit Schülerinnen und Schülern, insbesondere im Hinblick auf deren Fragen, Emotionen und Lernprozesse während der Begegnungen?

Wir sprechen Jugendliche zwischen 10 und 25 Jahren an, mit Ausnahme der ganz Kleinen. Wir passen den Inhalt und vor allem das Format unserer Erzählungen an, damit alles verständlich ist. Die Fragen der Jüngsten beziehen sich oft auf sehr konkrete Aspekte der Deportation. Sie äußern sich mit viel weniger Filtern als die Älteren, was sehr interessant und bereichernd ist. Die Älteren schaffen es, tiefere und grundlegendere Aspekte anzusprechen.

Die Herkunft fügt eine Variable zu den Austauschen hinzu. Jugendliche mit Migrationshintergrund projizieren sich manchmal als Opfer und fragen, wie Israelis trotz ihrer Vergangenheit der Shoah in Gaza gewalttätig handeln können.

Wie auch immer, wir gehen davon aus, dass die Shoah genutzt werden muss, über die Bewahrung der Geschichte dieser Verfolgungen hinaus, um den Jugendlichen die Gelegenheit zu bieten, sich wesentliche Fragen zum Zusammenleben zu stellen, um ihre Zukunft in Richtung einer besseren Gesellschaft zu ebnet.

In der großen Mehrheit der Fälle sind die Jugendlichen sehr empfänglich und danken dem Referenten mit lebhaftem Applaus und persönlichen Danksagungen. Sie drücken manchmal über ihre Lehrkraft aus, wie sehr diese Shorashim-Sitzungen sie berührt und zum Nachdenken gebracht haben.

Unsererseits verschaffen uns diese Sitzungen systematisch viel Genugtuung, festzustellen, dass selbst in diesen unruhigen Zeiten die Menschlichkeit bei den meisten unserer Jugendlichen verankert bleibt und dass unsere Rolle darin besteht, sie zum Blühen und zum Ausdruck zu bringen, als Garantie für eine bessere Welt.

Die Fragen stellte Dr. David Wawrzinek

Neue Partnerschaft: VDR und SIXT bringen Sie flexibel ans Ziel

Exklusive Mobilitätsvorteile für alle Verbandsmitglieder



Der Verband Deutscher Realschullehrer freut sich, eine neue Kooperation bekannt zu geben: Ab sofort profitieren alle VDR-Mitglieder von attraktiven Sonderkonditionen bei SIXT – einem der weltweit führenden Mobilitätsanbieter. Ob Urlaubsreise, Umzug oder flexibler Langzeit-Bedarf: Mit dieser Partnerschaft wird Mobilität für Lehrkräfte noch einfacher und günstiger.

SIXT: Mehr als ein Jahrhundert Mobilitätserfahrung

Seit 1912 steht SIXT für Premium-Mobilität und innovative Lösungen. Mit über 2.000 Stationen in mehr als 100 Ländern bietet das Unternehmen weit mehr als klassische Autovermietung: Von Kurzzeitmieten über flexible Auto-Abos bis hin zu Car-Sharing-Lösungen. Die Flotte umfasst stets aktuelle Fahrzeugmodelle – vom Kleinwagen über Familienfahrzeuge und Transporter bis hin zu Premium- und Elektrofahrzeugen.

Ihre exklusiven Vorteile im Überblick

Als VDR-Mitglied profitieren Sie von zwei besonderen Angeboten:

SIXT rent: 12% Rabatt auf PKW-Anmietungen Mit dem exklusiven VDR-Rabatt sparen Sie bei jeder PKW-Anmietung 12%. Das Angebot gilt an allen SIXT-Stationen deutschlandweit und weltweit. Buchen Sie direkt über die spezielle Landing Page (siehe QR-Code) und Ihr Rabatt wird automatisch angewendet.

Praktische Anwendungsbeispiele:

- » **Urlaubsreise:** Flexibel mit dem Mietwagen ab Flughafen – 12% günstiger
- » **Umzug:** Transporter übers Wochenende mieten und Budget schonen
- » **Geschäftsreisen:** Bei Dienstreisen und Fortbildungen von günstigen Konditionen profitieren

SIXT+ Auto-Abo: Die flexible Alternative zu Kauf und Leasing Sie benötigen längerfristig ein Fahrzeug ohne jahrelange Bindung? Das SIXT+ Auto-Abo ist die moderne Lösung für maximale Flexibilität.

Ihre VDR-Vorteile beim SIXT+ Abo:

- » 500 Freikilometer pro Monat zusätzlich inklusive
- » Mindestlaufzeit nur 3 Monate
- » Keine Anzahlung erforderlich
- » Alle Nebenkosten in der Rate enthalten (Versicherung, Steuer, Wartung, Bereifung, Zulassung)
- » Fahrzeugwechsel möglich
- » Transparente Kosten ohne versteckte Gebühren

Wann lohnt sich ein Auto-Abo besonders?

- » Übergangszeiten zwischen Fahrzeugwechsel
- » Probezeit für Elektromobilität vor Kaufentscheidung
- » Saisonale Bedürfnisse (Sommer/Winter unterschiedliche Fahrzeuge)
- » Zweitwagen ohne langfristige Verpflichtung

SIXT share: Car-Sharing-Vorteile

Für spontane Kurzstrecken bietet SIXT share flexible Car-Sharing-Lösungen in vielen deutschen Städten. Spezielle VDR-Konditionen können über das SIXT-Team angefragt werden.

So nutzen Sie Ihre Vorteile

Für SIXT rent PKW-Anmietungen: Scannen Sie den QR-Code unten für direkten Zugang zur Buchungsseite mit automatischem 12%-Rabatt.

Für SIXT+ Auto-Abo und weitere Fragen: Das SIXT-Team für Verbandskooperationen steht Ihnen gerne per E-Mail zur Verfügung: verbaende@sixt.com

Sie erhalten zeitnah alle Informationen sowie individuelle Beratung zu den für Sie passenden Mobilitätslösungen.

Mobilität neu gedacht – für Ihren Alltag

Die Partnerschaft zwischen dem VDR und SIXT bietet moderne Mobilität: flexibel, transparent und passend zu individuellen Bedürfnissen. Ob Urlaubsfahrt, Transporte oder längerfristige Fahrzeugnutzung ohne Kaufverpflichtung – mit SIXT haben Sie die passende Lösung. **Nutzen Sie die exklusiven Vorteile Ihrer VDR-Mitgliedschaft!**

Wir wünschen Ihnen allzeit gute Fahrt! Ihr Verband Deutscher Realschullehrer

QR-Code scannen
und VDR-Vorteile
nutzen



„Challenge up“

Mit Herzschlag und Hightech – Bayern übernimmt die Präsidentschaft der Bildungsministerkonferenz 2026



Podiumsdiskussion bei der Präsidentschaftsübergabe; rechts: Die neue BMK-Präsidentin Anna Stolz stellt ihre inhaltlichen Schwerpunkte vor

Am 22. Januar 2026 hat die bayerische Staatsministerin für Unterricht und Kultus, Anna Stolz, offiziell die Präsidentschaft der Bildungsministerkonferenz (BMK) übernommen. Die feierliche Staffelstabübergabe fand in der Bayerische Vertretung in Berlin im Beisein von Bundesbildungsministerin Karin Prien statt. Bayern präsentierte sich dabei selbstbewusst als modern, zukunftsorientiert und innovationsstarkes Bildungsland.

Unter dem Leitmotto „Challenge up: Herzschlag und Hightech“ setzt die bayerische Präsidentschaft klare Akzente. Im Zentrum steht die Verbindung von digitaler Bildung mit Sport, Bewegung sowie körperlich-mentaler Stärke. Anna Stolz betonte anlässlich der Übernahme, Kinder und Jugendliche sollten sich zu starken Persönlichkeiten entwickeln können. Digitale Entwicklungen gelte es kraftvoll und zugleich verantwortungsvoll zu nutzen. Zugleich brauche es eine gelebte Persönlichkeitsbildung, Herzensbildung und eine gesunde, positive Leistungskultur. Leistung, so Stolz, sei „etwas verdammt Cooles“ – jungen Menschen etwas zuzutrauen, sei Ausdruck von Wertschätzung und pädagogischer Verantwortung.

Die Bildungsministerkonferenz ist seit Ende 2024 eine eigenständige Säule der Kultusministerkonferenz (KMK) neben der Wissenschaftsminister- und der Kulturministerkonferenz. In ihr bündeln die Länder ihre bildungspolitische Expertise, um Schulentwicklung koordiniert voranzubringen, die Vergleichbarkeit von Abschlüssen zu sichern und Mobilität zu gewährleisten. Zentrale Themen sind Bildungsgerechtigkeit, Kompetenzförderung, digitale Bildung und die Weiterentwicklung schulischer Standards. Nach dem Präsidentschaftsjahr 2025 unter Leitung von Simone Oldenburg knüpft Bayern nun an die begonnenen Prozesse an.

Als Verband Deutscher Realschullehrer (VDR) begrüßen wir insbesondere, dass Staatsministerin Anna Stolz den Leistungsbegriff ausdrücklich in den Mittelpunkt rückt. Wir stehen klar für eine gesunde und positive Leistungskultur an unseren Realschulen und verwandten Schularten. Leistung darf und soll eingefordert werden – wertschätzend, motivierend

und ermutigend. Gerade für die Realschule ist ein klarer Leistungsanspruch untrennbar mit individueller Förderung und echter Chancengerechtigkeit verbunden. Der pädagogisch sinnvolle, begleitete Einsatz digitaler Technologien mit Konzept, Augenmaß und Blick auf individuelle Lernwege entspricht dabei auch unserem Verständnis zeitgemäßer Bildung.

Vor Ort in Berlin waren zahlreiche Vertreterinnen und Vertreter aus Politik und Verbänden. Für den VDR nahmen der Bundesvorsitzende Ralf Neugschwender sowie aus dem Bundesvorstand der Landesvorsitzende des Bayerischen Realschullehrerverbands (brlv), Ulrich Babl, teil. Ebenfalls anwesend war das Präsidium des Deutschen Lehrerverbands (DL) mit seinem Präsidenten Stefan Düll an der Spitze.

Aus dem bayerischen Kultusministerium nahmen hochrangige Vertreter teil, angeführt von Amtschef Martin Wunsch. Auch weitere Repräsentanten der bayerischen Bildungslandschaft waren vertreten, darunter die Vorsitzende des Landeselternverbands Bayerischer Realschulen, Melanie Plevka, sowie die Landesvorsitzende der Vereinigung Bayerischer Realschuldirektorinnen und Realschuldirektoren e. V. (VBR), Cornelia Lipinski.

Die breite Präsenz unterstreicht die Bedeutung des Präsidentschaftsjahres 2026 für die Bildungspolitik in Deutschland. Bildungspolitik ist Zukunftspolitik – es geht um die Zukunft unserer Schülerinnen und Schüler. Der VDR wird die bayerische Präsidentschaft konstruktiv begleiten und sich weiterhin mit Nachdruck für starke Realschulen, klare Leistungsorientierung und eine ausgewogene Verbindung von Herzschlag und Hightech einsetzen.

Ralf Neugschwender



Oben: Bundesbildungsministerin Karin Prien (links) und die neue Präsidentin der KMK, Anna Stolz

Unten: VDR-Bundesvorsitzender Ralf Neugschwender (links) und DL-Präsident Stefan Düll gratulieren Anna Stolz zum neuen Amt

Austausch DL/VDR in Neusäß bei Augsburg

Rückblick: Didacta Verband, VDR und DL intensivieren Zusammenarbeit

Mitte Dezember trafen sich Didacta Verbandspräsident Dr. Hans-Joachim Prinz und Vize-Präsident Wilmar Diepgrond mit Stefan Düll, Präsident des Lehrerverbandes, und Ralf Neugschwender, Bundesvorsitzender des Verbands Deutscher Realschullehrer im Justus-von Liebig-Gymnasium in Neusäß. Ziel war es, die bisherige gute Zusammenarbeit weiter zu intensivieren um messbare Wirkung im Bildungssystem zu erreichen. Dazu gehören ein regelmäßiger intensiver Austausch und eine fakultative gemeinsame Positionierung zu passenden Themen, wie beispielsweise KI im Unterricht, moderne Lernräume und Demografie-Entwicklung. Auch die gemeinsame Bearbeitung spezifischer Fragestellungen auf der didacta wird ins Auge gefasst. Wir freuen uns auf die weitere Zusammenarbeit!

Wilmar Diepgrond, Stefan Düll, Ralf Neugschwender und Dr. Hans-Joachim Prinz (v.l.n.r.) im Austausch



Gute Praxis sichtbar machen: Der erste KI-Schulpreis in Heilbronn



Fotos: am/Nico Kurth

Am 16. Januar nahm der Bundesvorsitzende des Verbandes Deutscher Realschullehrer, Ralf Neugschwender, an der Preisverleihung des erstmals ausgeschriebenen KI-Schulpreises in Heilbronn teil. Die Auszeichnung wurde gemeinsam von der Deutsche Telekom Stiftung, der Initiative „Deutschland – Land der Ideen“ sowie der Dieter Schwarz Stiftung auf den Weg gebracht – ein starkes Signal für die Weiterentwicklung von Schule im digitalen Zeitalter.

Künstliche Intelligenz ist längst Teil des Alltags – und sie ist auch aus dem Bildungssystem nicht mehr wegzudenken. Schülerinnen und Schüler nutzen KI-Anwendungen selbstverständlich zur Unterstützung ihres Lernens. Viele Lehrkräfte erfahren durch intelligente Assistenzsysteme neue Möglichkeiten der Unterrichtsvorbereitung, der Diffe-

renzung und Entlastung im Schulalltag. Gleichzeitig fehlt bislang ein verbindlicher und breit akzeptierter Orientierungsrahmen für den systematischen Einsatz von KI an Schulen.

Gerade deshalb ist es von großer Bedeutung, gelingende Praxis sichtbar zu machen. Der KI-Schulpreis würdigt Schulen, die mit durchdachten Gesamt- oder Teilkonzepten den Einsatz von KI pädagogisch fundiert gestalten. Ausgezeichnet wurden Ansätze, die Unterricht weiterentwickeln, Lernprozesse individualisieren und zugleich Verwaltungsabläufe effizienter organisieren. Die eingereichten Konzepte zeigten eine beeindruckende Vielfalt, Kreativität und Qualität. Viele Schulen übernehmen hier eine echte Vorreiter-



Sandra Boser, Staatssekretärin im Ministerium für Kultus, Jugend & Sport des Landes Baden-Württemberg bei ihrem Grußwort



rolle und treiben Innovation aus der Praxis heraus voran.

Die Veranstaltung selbst war gleichermaßen eindrucksvoll wie lebendig gestaltet. Digitale Grußbotschaften aus den Kultusministerien der Länder sowie von Bundesbildungsministerin Karin Prien unterstrichen die bildungspolitische Relevanz des Themas. Deutlich wurde: KI ist kein Randphänomen, sondern ein zentrales Zukunftsthema schulischer Entwicklung.

Aus Sicht des VDR muss die Debatte nun weiter vertieft und stärker pädagogisch konturiert werden. Entscheidend ist, die Chancen von KI klar herauszu-



Großzügige Preisgelder und ein informatives Rahmenprogramm mit spannenden Podiumsdiskussionen zeichneten die Veranstaltung zur Verleihung des KI-Schulpreises 2026 aus



Podiumsdiskussion (von rechts) mit Holger Lösch, Geschäftsführer Deutschland – Land der Ideen und stellvertretender Hauptgeschäftsführer Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI), Jacob Chammon, Geschäftsführer Deutsche Telekom Stiftung und Prof. Dr. Bärbel G. Renner, Geschäftsführerin Dieter Schwarz Stiftung



arbeiten und didaktisch zu begründen. Dazu gehört ausdrücklich auch die Diskussion über innovative Prüfungsformate. Wenn sich Lernprozesse durch KI verändern, müssen sich auch Formen der Leistungsbewertung weiterentwickeln – stärker kompetenzorientiert, reflektierend und anwendungsbezogen. Reine Reproduktionsleistungen werden künftig weniger im Vordergrund stehen können als die Fähigkeit, Ergebnisse einzuordnen, kritisch zu bewerten und verantwortungsvoll weiterzuentwickeln.

Gewinnbringend war zudem das begleitende Programm der Veranstaltung mit Führungen durch die „experimenta – Das Science Center“ und den Bildungscampus in Heilbronn. In den vergangenen Jahren ist dort ein beeindruckender Bildungsstandort entstanden, der Wissenschaft, Forschung und schulische Bildung auf innovative Weise verbindet. Die experimenta

steht exemplarisch für einen Lernort, an dem Naturwissenschaft und Technik durch eigenes Ausprobieren, Forschen und Erleben für Menschen jeden Alters zugänglich werden.

Besonders hervorzuheben ist die Sonderausstellung „KI: Was geht?“, die Schülerinnen und Schülern praxisnahe und interaktive Einblicke in Funktionsweise und Einsatzmöglichkeiten Künstlicher Intelligenz eröffnet. Zugleich regt sie zur kritischen Auseinandersetzung mit Chancen, Grenzen und ethischen Fragestellungen an. Genau solche außerschulischen Lernorte brauchen wir, um junge Menschen zu einem reflektierten, verantwortungsvollen und kompetenten Umgang mit KI zu befähigen.

Der KI-Schulpreis hat eindrucksvoll gezeigt, wie viel Innovationskraft bereits heute in unseren Schulen steckt. Diese Dynamik gilt es aufzugreifen, struktu-



Blick in die „experimenta – Das Science Center“ in Heilbronn

rell zu unterstützen und bildungspolitisch zu begleiten – damit Künstliche Intelligenz nicht Selbstzweck bleibt, sondern zu einem echten Mehrwert für Unterricht und Schulentwicklung wird.

Ralf Neuschwender

Starke Impulse für die Verbandsarbeit

Die VDR Frauen bringen zentrale Themen zur Bundesdelegiertenversammlung 2026 ein

MEHR FRAUEN IN FÜHRUNGSPPOSITIONEN

- Frauen stellen im Schulbereich die Mehrheit der Lehrkräfte – dennoch sind sie in Leitungsfunktionen weiterhin unterrepräsentiert. Die VDR Frauen sehen hier Handlungsbedarf und möchten mehr Kolleginnen dazu ermutigen, Verantwortung in schulischen Führungspositionen zu übernehmen.

Der Verband soll sich deshalb verstärkt dafür einsetzen, Frauen gezielt zur Bewerbung auf Funktionsstellen zu motivieren und entsprechende Unterstützungsangebote auszubauen. Mentoringprogramme und eine direkte Ansprache könnten helfen, vorhandene Potenziale sichtbarer zu machen und zu stärken.

„Frauen prägen den schulischen Alltag in besonderer Weise. Es ist nur folgerichtig, dass sie auch stärker in Leitungsfunktionen vertreten sind.“

Nicole Weiß-Urbach,
Vorsitzende der VDR Frauen

GEWALT GEGEN LEHRKRÄFTE SICHTBAR MACHEN

- Ein weiteres zentrales Anliegen der VDR Frauen betrifft den Umgang mit Gewalt im Schulalltag. Körperliche Übergriffe, verbale Angriffe oder Cybermobbing belasten zunehmend Lehrkräfte.

Die VDR Frauen fordern daher, dass Gewalt gegen Lehrkräfte kein Tabuthema mehr sein darf. Vorgesehen sind eine verpflichtende Dokumentation von Gewaltvorfällen, der Ausbau von Präventionsmaßnahmen sowie mehr Fort- und Weiterbildungsangebote für Beschäftigte im Bildungswesen.

„Gewalt im Schulkontext darf nicht relativiert oder verschwiegen werden. Lehrkräfte brauchen Schutz, Unterstützung und klare Signale der Solidarität.“

Kerstin Mück,
stellvertretende Vorsitzende der VDR Frauen

GLEICHSTELLUNG BRAUCHT VERTRAUEN

- Auch die Rolle der Gleichstellungsbeauftragten wird in den Blick genommen. Die VDR Frauen setzen sich dafür ein, dass diese künftig – ähnlich wie Personalräte – von den Beschäftigten gewählt werden.

Damit soll sichergestellt werden, dass Gleichstellungsbeauftragte tatsächlich als Vertrauenspersonen wahrgenommen werden und Kolleginnen und Kollegen sich mit sensiblen Anliegen an sie wenden können.

„Wer sich mit sensiblen Fragen an eine Gleichstellungsbeauftragte wendet, braucht Vertrauen. Dieses Vertrauen entsteht am besten durch eine demokratische Wahl.“

Saskia Tittgen,
stellvertretende Vorsitzende der VDR Frauen

CARE-ARBEIT ANERKENNEN

- Noch immer übernehmen überwiegend Frauen die Pflege von Angehörigen. Häufig führt dies zu beruflichen Einschränkungen oder zeitweisen Unterbrechungen der Erwerbstätigkeit – mit Folgen für die spätere Altersversorgung.

Die VDR Frauen fordern deshalb, pflegebedingte Ausfallzeiten angemessen in der Altersversorgung zu berücksichtigen und entsprechende Regelungen auch im Beamtenbereich zu verankern.

„Wer Verantwortung für Angehörige übernimmt, erbringt eine wichtige gesellschaftliche Leistung. Diese darf nicht zu finanziellen Nachteilen im Alter führen.“

Madeleine Helbig,
Schriftleiterin der VDR Frauen

TEILZEIT SICHERN – VEREINBARKEIT STÄRKEN

- Teilzeitmodelle sind ein wichtiger Baustein für die Vereinbarkeit von Familie, Pflege und Beruf. Gleichzeitig wird immer wieder über Einschränkungen solcher Modelle diskutiert.

Die VDR Frauen sprechen sich klar dafür aus, Teilzeitmöglichkeiten dauerhaft zu sichern – ausdrücklich auch für

Wenn sich im Mai 2026 die Delegierten des Verbandes Deutscher Realschullehrer (VDR) zur Bundesdelegiertenversammlung in Bad Kissingen treffen, bringen die VDR Frauen wichtige inhaltliche Impulse ein. Ihre Anträge greifen zentrale Herausforderungen des Schulalltags auf und formulieren zugleich Perspektiven für die zukünftige Verbandsarbeit auf Bundesebene.



Lehrkräfte in Leitungsfunktionen. Flexible Arbeitszeitmodelle ermöglichen es, auf unterschiedliche Lebensphasen zu reagieren und tragen zur Attraktivität des Lehrerberufs bei.

„Moderne Arbeitsmodelle sind kein Luxus, sondern eine Voraussetzung für einen zukunftsfähigen Schuldienst.“

Nicole Weiß-Urbach

TRANSPARENZ BEI DER ALTERSVERSORGUNG

- Viele Beamtinnen und Beamte wissen nur unzureichend, welche Ruhegehaltsansprüche sie später erwarten können. Gerade bei Teilzeitphasen oder unterbrochenen Erwerbsbiografien kann dies zu Unsicherheiten führen.

Die VDR Frauen schlagen deshalb vor, eine regelmäßige Versorgungsauskunft einzuführen – erstmals ab dem zehnten Dienstjahr und anschließend mindestens alle fünf Jahre. So könnten mögliche Versorgungslücken frühzeitig erkannt werden.

„Transparenz bei der Altersversorgung ist eine wichtige Voraussetzung für eigenverantwortliche Lebensplanung.“

Kerstin Mück

GEMEINSAM DIE ZUKUNFT GESTALTEN

- Mit ihren Anträgen bringen die VDR Frauen zentrale Themen in die Bundesdelegiertenversammlung ein. Sie leisten damit einen wichtigen Beitrag zur Weiterentwicklung der Verbandsarbeit und setzen sich dafür ein, dass die Perspektiven von Lehrkräften – insbesondere von Frauen – auf Bundesebene stärker berücksichtigt werden.

„Unsere Anträge zeigen, welche Themen Lehrkräfte heute bewegen – und welche Rahmenbedingungen wir für einen zukunftsfähigen Schuldienst brauchen“, meint Nicole Weiß-Urbach.

Die Anträge der VDR Frauen zur Bundesdelegiertenversammlung 2026

- Mehr Frauen für Führungspositionen im Schulbereich gewinnen
- Gewalt gegen Lehrkräfte konsequent dokumentieren und Prävention stärken
- Gleichstellungsbeauftragte künftig von Beschäftigten wählen lassen
- Pflegezeiten angemessen in der Altersversorgung berücksichtigen
- Teilzeitmodelle dauerhaft sichern – auch für Führungskräfte
- Vereinbarkeit von Familie, Pflege und Beruf weiter verbessern
- Regelmäßige Versorgungsauskunft für Beamtinnen und Beamte einführen



Die Demonstrationen liefen in Bayern, Brandenburg, Sachsen und Nordrhein-Westfalen – die Bundessenorenvertretung wirkte mit

VDR Bundessenorenvertretung aktiv

Erfolgreiche Treffen auf Bundesebene

Die regelmäßigen Jahresseminare erfreuen sich großer Beliebtheit bei den Seniorenvertreterinnen und -vertreter der VDR Landesverbände. Orientiert an aktuellen seniorenpolitischen Themen, bieten die Veranstaltungen wichtige Verbandsinformationen aus erster Hand wie auch wertvolle Gesprächs- und Austauschmöglichkeiten. Hier treffen sich die Vertreterinnen und Vertreter von Schleswig-Holstein bis Baden-Württemberg, um gemeinsame Anliegen zu erörtern und Wege der Umsetzung zu besprechen.

dbb: Wir brauchen starke Seniorinnen und Senioren

Der dbb Bundesvorsitzende Volker Geyer sprach sich anlässlich eines Besuchs bei der Bundessenorenvertretung für eine aktive Beteiligung der Seniorinnen und Senioren am gesellschaftlichen Wandel aus. Alter müsse in erster Linie als Ressource und nicht als Problem gesehen werden. Er wies darauf hin, dass von den über 70-jährigen noch zwanzig Prozent ein Ehrenamt ausüben. Ein soziales Jahr für Ruhestandler, wie kürzlich vorgeschlagen, wurde von ihm abgelehnt. Der dbb unterstützt darüber hinaus die Forderung nach Aufnahme des Merkmals Lebensalter in Artikel 3 des Grundgesetzes zur Verhinderung von Altersdiskriminierung. Angesichts der verstärkten Angriffe auf das Berufsbeamten-tum benötigen der dbb und seine Mitgliedsverbände in der Zukunft „mehr Öffentlichkeit, mehr Aktionsfähigkeit, mehr Solidarität“.

Tarifrunde TVL 2026/27: an Mahnwachen beteiligt

Zahlreiche Seniorenvertreter und -vertreterinnen aus den Landesverbänden folgten dem Aufruf von dbb und VDR, die Tarifverhandlungen aufmerksam zu verfolgen und mit der Beteiligung an Mahnwachen und Demonstrationen ein deutliches Zeichen für Unterstützung und Solidarität für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes zu setzen. Dies haben die Kolleginnen und Kollegen im Ruhestand bei den dbb-Aktionen engagiert zum Ausdruck gebracht, auch im eigenen Interesse im Hinblick auf Beamtenpensionen und Renten. Die VDR Bundessenorenvertretung bedankt sich ausdrücklich den besonderen Einsatz.

Forderung: Volle Übernahme der Tarifeinigung

VDR und dbb fordern die Übernahme des Tarifausschlusses „zeitgleich und systemkonform“ auf die Beamtinnen und Beam-

ten der Länder und Kommunen einschließlich der Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger. Der Fachvorstand Beamtenpolitik Heini Schmitt begründet: „Gleiche Lebenshaltungskosten betreffen Beamtinnen und Beamte in gleicher Weise wie die Tarifbeschäftigten. Daher gilt es, die Kolleginnen und Kollegen in gleicher Weise an den Verbesserungen teilhaben zu lassen.“ Die erste Erhöhungsstufe für die Tarifbeschäftigten um 2,8 Prozent erfolgt bereits zum 1. April 2026. Die volle Einbeziehung von aktiven Beamtinnen und Beamten sowie Versorgungsempfängerinnen und -empfängern in die Gehaltserhöhung haben bisher nur die Landesregierungen von NRW und Baden-Württemberg beschlossen.

Christa Nicklas

→ Das nächste Treffen zum Thema „Digitalisierung für ältere Menschen – Chancen, Herausforderungen und Grenzen“ mit Schwerpunkt KI findet vom 9. bis 11. Juni 2026 erneut am zentralen Veranstaltungsort in Fulda/Hessen statt.



Außerschulische Lernorte entdecken!



Das wortreich in Bad Hersfeld – Sprache interaktiv erleben

Im wortreich erleben Schüler*innen Sprache und Kommunikation völlig neu: Auf 1.200 m² warten über 90 interaktive Stationen – vom Basketball mit Wörtern über sprechende Sterne bis hin zum Schreiben mit den Augen. Die Erlebnisausstellung lädt zum Ausprobieren, Mitmachen und Entdecken ein und stärkt spielerisch Medienkompetenz, Teamarbeit und Kommunikationsfähigkeit. Ergänzend zur Ausstellung bietet die Wissens- und Erlebniswelt praxisnahe Workshops, in denen beispielsweise eigene Nachrichtensendungen,

Stop-Motion-Filme oder kleine Theaterstücke entstehen. Interaktive Führungen wie „Respekt und Wertschätzung in der Kommunikation“ oder „Macht der Worte – Manipulation und Beeinflussung durch Sprache“ vertiefen das Erlebte.

Perfekt für Klassenfahrten, Projekttag und Exkursionen. Mehr Infos und Anmeldung unter www.wortreich-badhersfeld.de



DEUTSCHES
BERGBAU-MUSEUM
BOCHUM

Lernort mit Tiefgang: Das Deutsche Bergbau-Museum Bochum

Ein Besuch im Deutschen Bergbau-Museum Bochum ist mehr als ein Klassenausflug. Er zeigt, wie eng unser Alltag mit der Geschichte des Bergbaus und der Gewinnung und Nutzung von Rohstoffen verbunden ist. Als größtes Bergbaumuseum der Welt und **Leibniz-Forschungsmuseum für Georessourcen** verbindet es Wissenschaft, Bildung und Erlebnis. Die Ausstellung gliedert sich in vier thematische Rundgänge: *Steinkohle, Bergbau, Bodenschätze und Kunst. Ideal und Wirklichkeit*. Unter Tage im Anschauungsbergwerk erleben Schüler:innen, wie Arbeit unter Tage klang, roch und sich anfühlte. Besonders authentisch wird es bei einer Führung mit ehemaligen Bergleuten – hier werden echte Kumpels zu Zeitzeugen. Über Tage wartet das 70 Meter hohe Fördergerüst. Von hier hat man einen beeindruckenden Blick über Bochum und das Ruhrgebiet.

Didaktisch fundiert und praxisnah

Ob als Einstieg, Vertiefung oder Abschluss einer Unterrichtseinheit: Die pädagogischen Programme des Bergbau-Museums sind auf verschiedene Lernniveaus didaktisch abgestimmt. Lehrkräfte können zwischen Führungen, Workshops und Mitmachformaten wählen. Museumspädagog:innen begleiten die Gruppen mit Fachwissen und schaffen Räume zum Entdecken, Fragenstellen und Reflektieren. Themen wie Ressourcengerechtigkeit, Klimawandel oder technische Innovation werden hier greifbar und regen zum Diskurs an.

www.bergbaumuseum.de



Für die Inhalte der Angebote und für den Inhalt und die rechtliche Zulässigkeit der für die Insertion zur Verfügung gestellten Text- und Bildunterlagen sind die jeweiligen Anbieter verantwortlich.



→ Die *bagso* – Bundesarbeitsgemeinschaft der Seniorenorganisationen – ist ein Zusammenschluss von rund 120 Vereinen und Verbänden. Auch der dbb beamtenbund und tarifunion gehört dazu. Die Organisation vertritt die Interessen der älteren Generation in Deutschland. Beim 14. Seniorentag in Mannheim wurde die Mannheimer Erklärung verfasst und veröffentlicht.

Die zentrale Botschaft lautet: Die älteren Generationen wollen sich an der Gestaltung der gesellschaftlichen Zukunftsaufgaben beteiligen. Die Engagierten aus den BAGSO-Verbänden formulieren in der Erklärung ihr Selbstverständnis als aktiver Teil der Zivilgesellschaft. Zugleich richten sie sich an Politik und Gesellschaft. Sie fordern, die Kompetenzen und Ressourcen der Älteren für die Lösung der anstehenden Aufgaben mehr in den Blick zu nehmen, ein differenziertes, zeitgemäßes Bild vom Alter zu fördern sowie Ausgrenzung und Diskriminierung entgegenzuwirken. So ist es dringend notwendig, das Merkmal Lebensalter in Artikel 3 der Verfassung (Grundgesetz) aufzunehmen. Zu den Erwartungen der Älteren an die Politik gehört auch, eine bezahlbare, professionelle Pflege sicherzustellen und die Digitalisierung nutzerfreundlich, sicher und für alle zugänglich zu gestalten sowie das Recht auf ein analoges Leben zu erhalten.

www.bagso.de/Publikationen



AUS DEN LÄNDERN

AUS DEN LÄNDERN

→ BAYERN

DOPPELHAUSHALT 2026/2027: TEILZEITEINSCHRÄNKUNG UND VERZÖGERTE ÜBERNAHME VON TARIFERGEBNISSEN

„Jede Maßnahme, die die Attraktivität des Lehrerberufs einschränkt, ist eine bittere Pille – ob Teilzeiteinschränkung oder verzögerte Übernahme von Tarifergebnissen“, erklärte brlv-Vorsitzender Ulrich Babl im November 2025 zu den von Ministerpräsident Söder bekanntgegeben Absichten und Eckpunkten des bayerischen Doppelhaushalts 2026/2027. Noch bevor die Tarifverhandlungen im Bereich der Länder überhaupt begonnen haben, hatte die Bayerische Staatsregierung angekündigt, das Ergebnis nur mit einer Verzögerung von sechs Monaten auf den Beamtenbereich übertragen zu wollen. Als erstes Bundesland senkt Bayern zudem die Altersgrenze der Kinder, deren Eltern in familienpolitische Teilzeit gehen können auf das 14. Lebensjahr. „Wie einschneidend die Konsequenzen hier tatsächlich sind, ist zum aktuellen Zeitpunkt noch nicht absehbar. Unser Credo war und ist: Dialog vor Ort und Freiwilligkeit! Zwangsmaßnahmen sind der falsche Weg“, so Babl.

Besonders mit Blick auf den Lehrkräfte-nachwuchs äußerte der brlv Sorge: „Der Bewerbermangel trifft uns an den Realschulen in absehbarer Zeit mit voller Wucht.“ Statt Einschränkungen brauche es Anreize und klare Signale der Wertschätzung, um junge Menschen für den Lehrerberuf zu gewinnen. Dahingehend seien die angekündigten Beförderungsmöglichkeiten wiederum positiv zu werten. Dass die Staatsregierung Stellenhebungen ermöglicht, sei ein wichtiges Zeichen für engagierte Kolleginnen und Kollegen, genauso wie der Umstand, dass Diskussionen über generelle Arbeitszeiterhöhungen vom Tisch sind.

ERFOLG: NEUE BEURTEILUNGS- RICHTLINIEN FÜR DIE PERIODISCHE BEURTEILUNG 2026

Seit Jahresbeginn waren die Vertreterinnen des Hauptpersonalrats, Gruppe der Lehrkräfte an Realschulen, Heidi Schreiber

und Birgit Zollitsch, beide zugleich Mitglieder des Geschäftsführenden Vorstands des brlv, intensiv in die Gespräche und Verhandlungen zur Erstellung der neuen Beurteilungsrichtlinien für die periodische Beurteilung 2026 eingebunden. Am 12. November sind diese Richtlinien nun offiziell in Kraft getreten und sie bringen einen echten Fortschritt. „Wir freuen uns, dass eine unserer Hauptforderungen, nämlich eine Verlängerung des Zeitraumes, bis wann Lehrkräfte und Schulleitungen vor dem Eintritt in den Ruhestand nicht mehr beurteilt werden müssen, umgesetzt worden ist. Neu ist, dass sich dieser Zeitraum auf 32 Monate verlängert hat. Damit sind Lehrkräfte und Schulleitungen, die zum 31. Juli 2029 den aktiven Dienst beenden, nicht mehr periodisch zu beurteilen. Wir sehen dies als einen klaren Beitrag zur Entbürokratisierung!“, so die beiden Hauptpersonalrätinnen.

Ein weiterer Grund zur Freude: Auf der gemeinsamen Liste „Bayerischer Philologenverband (bpv), Bayerischer Realschullehrerverband (brlv), Katholische Erziehergemeinschaft (KEG) und Verband der Lehrkräfte an beruflichen Schulen (VLB)“ traten eine Kandidatin und ein Kandidat des brlv bei der Wahl zur Haupt-Jugend- und Auszubildendenvertretung 2026 an – und beide konnten sich erfolgreich durchsetzen. Die Haupt-Jugend- und Auszubildendenvertretung ist das Pendant bzw. der „kleine Bruder“ des Hauptpersonalrats. Sie vertritt die Interessen aller Jugendlichen und Auszubildenden im öffentlichen Dienst – im Schulbereich insbesondere der Lehramtsanwärterinnen und Lehramtsanwärter sowie und Referendarinnen und Referendare in Bayern.

MIT WISSEN GEGEN HASS UND VERGESSEN: brlv UNTERSTÜTZT AN- TRAG ZUR EINRICHTUNG DES YAD VASHEM EDUCATION CENTERS IN BAYERN

Im Dezember 2025 begrüßte der brlv ausdrücklich den fraktionsübergreifenden Antrag von CSU, Freien Wählern, Bündnis 90/Die Grünen und SPD, Bayern zum

Standort des weltweit ersten Yad Vashem Education Centers außerhalb Israels zu machen. Der Antrag wurde im Bildungsausschuss des Bayerischen Landtags beraten. Alle Parteien außer der AfD stimmten zu.

Der brlv sieht in der Einrichtung eines Yad Vashem Education Centers ein wichtiges und notwendiges Signal für die Stärkung der Erinnerungskultur sowie für eine entschlossene und nachhaltige Bekämpfung von Antisemitismus.

DER HOHE PREIS DER SPARPOLITIK: STELLENMORATORIUM TRIFFT REAL- SCHULEN MIT VOLLER WUCHT

Die vom Bayerischen Kultusministerium im „Gesamtkonzept Unterrichts- und Personalversorgung im Schuljahr 2026/2027“ vorgestellten Maßnahmen entpuppen sich bei genauer Betrachtung als massiver Einschnitt in die Unterrichtsversorgung und Absenkung der Bildungsqualität in Bayern. Wenn steigende Schülerzahlen ausdrücklich mit Maßnahmen infolge des Stellenmoratoriums verknüpft werden und die Absenkung von Personalbedarfen den Einzelschulen vor Ort übertragen wird, bedeutet das konkret: Größere Klassen, Aufhebung von Gruppenteilungen und Verzicht auf freiwillige Intensivierung, zum Beispiel durch Förderkurse für sowohl leistungsschwache als auch leistungsstarke Schülerinnen und Schüler. „Das ist kein Gestaltungsspielraum, das ist die Verlagerung politischer Sparmaßnahmen in die Verantwortung der Schulen, denen zum kommenden Schuljahr im Schnitt rund eine Lehrerstelle weniger zur Verfügung stehen wird“, so brlv-Vorsitzender Babl. Der brlv fordert von der Staatsregierung eine umgehende Abkehr vom Stellenmoratorium, eine verlässliche und vorausschauende Personalplanung sowie die Übernahme der fertig ausgebildeten Realschullehrkräfte.

Einsparungen am falschen Ende

In Hessen verdichten sich derzeit bildungspolitische Entwicklungen, die für Lehrkräfte spürbare Folgen haben und zunehmend Besorgnis auslösen. Aus Sicht des vdl hessen, der die Interessen der Lehrkräfte im GHRF-Bereich vertritt, geraten zentrale Schrauben des Systems gleichzeitig unter Druck: Ausbildung, Arbeitsbedingungen und Bezahlung. Gerade in einem Bereich, der seit Jahren besonders vom Lehrkräftemangel betroffen ist, ist das ein alarmierendes Signal.

Besonders kritisch ist die Lage in der Lehrkräfteausbildung. Aus Gremien und Personalräten mehren sich Hinweise auf Einsparungen in der zweiten Phase: weniger Ressourcen in Studienseminaren, veränderte Anrechnungsfaktoren, strukturelle Anpassungen bis hin zur möglichen Verkürzung des Vorbereitungsdienstes. Für den vdl hessen ist klar: Wer Ausbildung ausdünn, spart am falschen Ende. Gerade dort, wo pädagogische Professionalität, Differenzierung und Beziehungsarbeit zentral sind, darf Qualität nicht dem Spardruck geopfert werden. Eine geschwächte Ausbildung trifft langfristig genau die Schulen, die ohnehin unter schwierigen Bedingungen arbeiten und dringend qualifizierten Nachwuchs brauchen.

WERDEN ENTLASTUNGEN SYSTEMATISCH EINGESCHRÄNKT?

Zusätzlich sorgt die Diskussion um die Altersentlastung für erhebliche Unruhe. Die Entlastungsstunden sind für viele Kolleginnen und Kollegen die Voraussetzung, um den Beruf bis zur Pension gesundheitlich

durchzuhalten. Überlegungen, diese Regelungen zurückzufahren oder ganz zu streichen, werden daher als fatales Signal wahrgenommen. Der vdl hessen sieht die reale Gefahr steigender Ausfallzeiten und früherer Pensionierungen – und damit den Verlust genau der erfahrenen Kräfte, auf die Schulen besonders angewiesen sind.

Gleichzeitig berichten Kollegien von schulamtsinternen Weisungen, Anträge auf sachgrundlose Teilzeit oder Sabbatjahre von vornherein abzulehnen. Auch das verschärft die Lage und verstärkt den Eindruck, dass Entlastung systematisch eingeschränkt wird.

Ein weiterer Brennpunkt ist die Tarifrunde im Land Hessen, die Ende Februar 2026 beginnt. Da Hessen nicht Teil der Tarifgemeinschaft der Länder ist, hängt die Einkommensentwicklung maßgeblich von landespolitischen Entscheidungen ab. Die Gewerkschaften fordern deutliche Verbesserungen, um Kaufkraftverluste auszugleichen und den öffentlichen Dienst attraktiver zu machen. Für angestellte Lehrkräfte

ist das Ergebnis unmittelbar entscheidend, für verbeamtete entsteht zumindest politischer Druck zur Übertragung. Klar ist aber auch: Selbst spürbare Abschlüsse werden durch anhaltende Teuerungen schnell relativiert.

In der Gesamtschau entsteht ein widersprüchliches Bild: Der Lehrkräftemangel ist unübersehbar, gleichzeitig werden Einsparungen in der Ausbildung diskutiert, Entlastungsinstrumente infrage gestellt und flexible Arbeitszeitmodelle eingeschränkt. Während der Bedarf steigt, verschlechtern sich an mehreren Stellen die Rahmenbedingungen.

WEITERHIN VERSCHÄRFTER PERSONALMANGEL

Der vdl hessen sieht darin eine Entwicklung, die die Attraktivität des Lehrerberufs spürbar gefährdet. Gute Schulen brauchen gut ausgebildete Lehrkräfte, verlässliche Arbeitsbedingungen und eine realistische Perspektive, gesund im Beruf zu bleiben. Wenn gleichzeitig an Ausbildung, Entlastung und Flexibilität gespart wird, verschärft sich der Personalmangel weiter. Die kommenden Monate werden zeigen, ob die Politik gegensteuert – oder ob sich die Spirale weiter nach unten dreht.

Jörg Leinberger

Schulvielfalt erhalten!

Die NRW-SPD kramt mal wieder ihr Lieblingsthema aus der Wahlkampf-Mottenkiste – und offenbart dabei ein merkwürdiges Verständnis von Chancengleichheit.

Die Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen werfen ihre Schatten voraus. Die SPD hat mit Jochen Ott ihren Spitzenkandidaten gekürt. Der ehemalige schulpolitische Sprecher und jetzige Fraktionschef der SPD-Landtagsfraktion ist von Beruf Lehrer. Es überrascht deshalb wenig, dass er die Bildungspolitik zu einem zentralen Wahlkampfthema seiner Partei machen will. Erklärtes Ziel ist der radikale Umbau der nordrhein-westfälischen Schulstruktur. Auf der Strecke bleiben sollen Realschulen, Hauptschulen und Sekundarschulen.

Werfen wir einen Blick zurück in den Herbst 2025. Eine fraktionsübergreifende Enquetekommission des NRW-Landtags zum Thema „Chancengleichheit in der Bildung“ legt nach über zwei Jahren Arbeit ihren Abschlussbericht vor. Herzstück des Berichts ist Kapitel 7 mit nicht weniger als 248 Handlungsempfehlungen. Kapitel 8 enthält Sondervoten einzelner Fraktionen, die nicht konsensfähig waren und deshalb keinen Eingang in die Handlungsempfehlungen gefunden haben. Hier findet sich auch das Sondervotum der Fraktion der SPD zum Thema Schulstruktur:

„Aus Sicht der SPD-Fraktion fehlt in den Handlungsempfehlungen zum Thema Schulstruktur eine Empfehlung zu Schulformen. Die SPD-Fraktion empfiehlt da-

her, an den sog. Schulfrieden sowie das 17. SchRÄG anzuknüpfen und das Schulformangebot im Sinne einer besseren Nachvollziehbarkeit für die Eltern und einer verbesserten Systemkenntnis, einer effizienteren Steuerung sowie einer in der Fläche gleichmäßige Verteilung aller Bildungsgänge binnen einer Dekade schrittweise auf ein zweigliedriges Modell bestehend aus den beiden Schulformen der Sek I und Sek II (Gymnasien und Gesamtschulen) und einer Schulform für die Sek I zu reduzieren. Die Gymnasien und Gesamtschulen bleiben als Schulen der Sek I und II bestehen. Haupt-, Sekundar- und Realschulen werden sukzessive auf eine Schulform der Sek I verschmolzen, die alle Abschlüsse der Sekundarstufe I anbietet.“

„IM WESENTLICHEN NUR NOCH GYMNASIEN UND GESAMTSCHULEN“

Nur wenige Monate später kündigt Jochen Ott, der designierte SPD-Spitzenkandidat für die Landtagswahl 2027, an, er wolle im Falle eines Wahlsiegs ein zweigliedriges Schulsystem in Nordrhein-Westfalen einführen. Bis zum Ende der nächsten Wahlperiode im Jahr 2032 strebe er ein Schulsystem an, das nach den Grundschulen im Wesentlichen nur noch Gymnasien und Gesamtschulen umfassen solle. Da staunt der Laie und der Fachmann wundert sich! Sollten die Haupt-, Sekundar- und Realschulen im Herbst nach dem Willen der SPD noch zu einer Schulform verschmolzen werden, spielen sie im Frühjahr „im Wesentlichen“ überhaupt keine Rolle mehr. Wenn die SPD auf ihrem bildungspolitischen Parforceritt in dem Tempo weitermacht, gibt es im kommenden Winter nur noch eine weiterführende Schulform als Zielperspektive. Welche das dann wohl wäre, überlasse ich ganz Ihrer geschätzten Fantasie.

EIN ELITÄRES BILDUNGSVERSTÄNDNIS

Geht es nach Jochen Ott, haben wir in NRW künftig „im Wesentlichen“ nur noch weiterführende Schulformen, die zum Abitur führen. Dahinter steckt aus meiner Sicht ein elitäres Bildungsverständnis, das so gar nicht zu der traditionellen Arbeiterpartei SPD passt: Eine erfolgreiche Schulkarriere endet mit dem Abitur, wer die Schule „nur“ mit einem Real- oder Hauptschulabschluss verlässt, ist quasi gescheitert. Weiterführende Schulformen, die den direkten Weg zum Abitur nicht im Repertoire haben, gehören deshalb abgeschafft – mindestens aber verschmolzen

und somit ihres Profils beraubt. Jochen Ott verkennt, dass Realschulen, Hauptschulen und Sekundarschulen herausragende Arbeit leisten, insbesondere auch im Umgang mit Schülerinnen und Schülern, die es im Leben oft nicht leicht haben.

Verstehen Sie mich nicht falsch: Für viele Schülerinnen und Schüler sind die Gymnasien und die Gesamtschulen die richtigen Schulformen, aber eben nicht für alle. Liefe es auf eine Zweigliedrigkeit hinaus, gäbe es in NRW nur noch große weiterführende Systeme. Die SPD zöge damit sehr vielen Kindern den Boden unter den Füßen weg – nämlich jenen, die übersichtliche Systeme und familiäre Strukturen brauchen. Und genau das bieten Realschulen, Hauptschulen und Sekundarschulen, an denen die Schülerzahlen in der Regel deutlich geringer sind als an den Gymnasien und den Gesamtschulen.

BILDUNGSKARRIEREN IM VERGLEICH

Ist es denn wirklich so, dass allein das Abitur selig macht? Ist jemand, der die Schule mit einem Hauptschulabschluss verlässt, erfolgreich eine Ausbildung im Handwerk absolviert, seine Gesellen- und Meisterprüfung ablegt und sich selbstständig macht, ein Bildungsverlierer? Sicherlich nicht. Und ist jemand, der mit Ach und Krach und unter großem Aufwand das Abitur besteht, ein Studium beginnt, um nach zwei bis drei Semestern festzustellen, dass er überfordert ist, automatisch ein Bildungsgewinner? Nicht zwangsläufig.

In diesem Zusammenhang zitiere ich gerne Professor Dr. Rainer Dollase, der auf dem Mülheimer Kongress einmal äußerte, er habe keine Angst davor, dass es irgendwann einmal nicht mehr genügend

Doktorarbeiten über Mao Tse-tung geben werde, dass er aber sehr wohl Angst davor habe, dass ihm irgendwann einmal niemand mehr sein Dach reparieren könne. Schulformen in den Regen zu stellen, deren Profil auf Praxis- und Berufswahlorientierung ausgerichtet ist und die enorme Wertschätzung durch die regionale Wirtschaft erfahren, ist kurzsichtig – sowohl unter pädagogischen als auch unter ökonomischen und gesamtgesellschaftlichen Aspekten.

DEBATTE ZUR UNZEIT

Ich stelle mir vor, wie nordrhein-westfälische Bildungsexpertinnen und -experten der SPD um einen Tisch versammelt sind, befasst mit der Frage: Was sind die drängendsten bildungspolitischen Probleme unserer Zeit? Unter welcher Überschrift wollen wir in den Wahlkampf ziehen, um die Hoheit über die Völklinger Straße zu gewinnen? Erste zaghafte Äußerungen: Der Lehrkräftemangel könnte ein Thema sein, eventuell auch der Unterrichtsausfall, defizitäre Ergebnisse der nordrhein-westfälischen Schülerinnen und Schüler in Bildungsstudien oder auch der katastrophale Zustand vieler Schulgebäude. Dann steht einer auf und ruft lauthals: „Ich hab's! Wir verschmelzen einfach ein paar Schulformen oder schaffen sie am besten gleich ganz ab. Fünf sind viel zu unübersichtlich, die Hälfte tut's auch. Das löst auch alle anderen Probleme.“ Wohlwollendes Nicken im ganzen Raum. An dieser Stelle breche ich ab, denn meine Mutter hat mich gelehrt, die Überzeugungen anderer Menschen zu respektieren, auch wenn sie den eigenen zuwiderlaufen. Schließlich ist des Menschen Wille sein Himmelreich.

Sven Christoffer

„... und seid menschlich!“

Auf dem UNESCO-Welterbe Zollverein in Essen können Hologramme von Holocaust-Überlebenden befragt werden. Mit dem Projekt HOLO-VOICES ist ein Einzigartiger Erinnerungs- und Lernort entstanden. Hier bekommen die Zeitzeuginnen und Zeitzeugen eine Stimme für die Ewigkeit.

Am 27. Januar, dem internationalen Gedenktage an die Opfer des Nationalsozialismus, hat Kultur- und Wissenschafts-

ministerin Ina Brandes einen in Europa einzigartigen, neuen Erinnerungs- und Lernort auf dem UNESCO-Welterbe Zollverein in Essen eröffnet.

DANK KI UND DIGITALTECHNIK MIT HOLOCAUST-ÜBERLEBENDEN SPRECHEN

Das Projekt HOLO-VOICES des Ministeriums für Kultur und Wissenschaft des Landes Nordrhein-Westfalen (MKW) und der Technischen Universität Dortmund

gibt den Überlebenden des Holocausts eine Stimme für die Ewigkeit. Für HOLO-VOICES wurden lange Interviews mit Zeitzeuginnen und Zeitzeugen digitalisiert und aus den Aufnahmen fotorealistic, dreidimensionale Hologramme erstellt. Dank Künstlicher Intelligenz wird es möglich sein, den Hologrammen Fragen zu stellen. Die KI ermittelt anhand von Schlüsselbegriffen die Antwort, die am besten zur Frage passt. Die Antworten der Holocaust-Überlebenden werden nicht

verfremdet, zusammengeführt, gekürzt oder ergänzt. Der Fragesteller bekommt immer die Original-Schilderung der Zeitzeuginnen und Zeitzeugen zu hören, so dass eine direkte Begegnung und eine lebendige Interaktion möglich werden.

Ministerpräsident Hendrik Wüst würdigte das einzigartige Projekt: „Erinnerungsorte sind unverzichtbar, um Geschichte greifbar zu machen und Verantwortung für Gegenwart und Zukunft zu vermitteln.“ Als Gast der Eröffnungsfeier zeigte sich auch der Lehrer nrw-Vorsitzende Sven Christoffer sehr beeindruckt: „Die HOLO-VOICES bieten einen völlig neuen Zugang zur Shoa, da hier nicht nur kognitive, sondern vor allem auch affektive Lernziele erreicht werden können, die in derselben Tiefe im Klassenraum nur schwer zu erzielen sind.“

Da viele der Holocaust-Überlebenden neunzig Jahre und älter seien, „schaffen wir mit HOLO-VOICES eine Möglichkeit, mit Überlebenden der Shoah auch in Zukunft in einen Dialog treten zu können, um zu erfahren, was ihnen passiert ist – und was wir heute daraus lernen können“, sagte Ministerin Ina Brandes. Besonders herzlich begrüßte sie die Holocaust-Überlebende Eva Weyl, die als Ehrengast nach Essen gekommen war. Die 90-Jährige ist ebenfalls Teil von HOLO-VOICES. Sie war im September 2024 von Studentinnen und Studenten der TU Dortmund interviewt worden und wird demnächst als Hologramm auf Zollverein zu sehen sein.



Holocaust-Zeitzeugin Eva Weyl am Rande der Eröffnungsfeier im Austausch mit Schülerinnen und Schülern

„HELFT MIT GEGEN INTOLERANZ, RESPEKTLOSIGKEIT UND ENTWÜRDIGUNG“

Die Zeitzeugin war begeistert: „Die moderne Technik mit KI ist fantastisch. So kann ich mithelfen, dass die Geschichte bewahrt bleibt. Besonders den jungen Menschen möchte ich sagen: Ihr müsst die Vergangenheit kennen, um zu helfen, dass der Frieden bewahrt bleibt. Helft mit gegen Intoleranz, gegen Respektlosigkeit und gegen Entwürdigung. Und sprecht über das, was ihr bei HOLO-VOICES erfahrt. Erzählt es Euren Eltern, sprecht zu Hause darüber – und seid menschlich!“

Der Besuch von HOLO-VOICES mit seinen Begleitausstellungen ‚Frag nach!‘ und ‚Unter Tage. Unter Zwang‘ ist kostenfrei und für Einzelpersonen täglich von 12 bis 18 Uhr geöffnet. Gruppenangebote, Führungen und Workshops (z.B. für Schulklassen) müssen über ein Online-Formular auf der Website von HOLO-VOICES im Voraus angemeldet werden.

www.holo-voices.de



→ SAARLAND

Zunehmende Belastung durch Elternarbeit – VRB Saarland warnt vor systematischer Überlastung und fordert konsequenten Schutz für Lehrkräfte

Die Zusammenarbeit zwischen Elternhaus und Schule hat in den vergangenen Jahren eine besorgniserregende Entwicklung genommen. Aktuelle Berichte und Umfragen, unter anderem veröffentlicht durch das Deutsche Schulportal sowie den VBE, zeigen deutlich: Immer mehr Schulleitungen sehen die Arbeit mit Eltern als eines der größten Probleme im Schulalltag. Der VRB Saarland stellt klar: Diese Entwicklung betrifft nicht nur Schulleitungen, sondern auch Lehrkräfte stehen zunehmend im Zentrum eskalierender Konflikte.

Was früher punktuelle Auseinandersetzungen waren, hat sich zu einem strukturellen Problem entwickelt. Lehrkräfte werden immer häufiger mit aggressiven Forderungen, unbegründeten Vorwürfen und einer wachsenden Zahl von Dienstaufsichtsbeschwerden konfrontiert. Besonders alarmierend ist dabei die zunehmende Nutzung künstlicher Intelligenz zur Erstellung umfangreicher, formal wir-

kender Beschwerdeschreiben. Dies senkt die Hemmschwelle erheblich und führt zu einer Zunahme von Beschwerden, deren Inhalt einer fachlichen Überprüfung oftmals nicht standhält. Karen Claassen, Vorsitzende des VRB Saarland, sieht hierin eine neue Qualität der Belastung, die durch die bestehenden rechtlichen und verwaltungstechnischen Strukturen nicht ausreichend aufgefangen wird. Es muss

kritisch hinterfragt werden, ob die derzeit geltenden Gesetze, Verordnungen und Verfahrensweisen den gesellschaftlichen Veränderungen im schulischen Kontext – insbesondere in der Elternarbeit – noch gerecht werden. Lehrkräfte dürfen nicht schutzlos bleiben, wenn sie durch unzutreffende Dienstaufsichtsbeschwerden dienstlich diskreditiert werden. Es ist nicht akzeptabel, dass einzelne Eltern z.T. über Jahre hinweg wiederholt, nachweislich unbegründete und teils massiv rufschädigende Anzeigen gegen dieselbe Lehrkraft einreichen können, ohne dass dies Konsequenzen hat. Solche Verfahren führen zu enormen psychischen Druck bei der betreffenden Lehrkraft, beeinträchtigen aber

auch die pädagogische Arbeit in der Schule und belasten ganze Kollegien nachhaltig.

DER VRB SAARLAND FORDERT DAHER:

- verbindliche und deutlich begrenzte Bearbeitungszeiträume für Dienstaufsichtsbeschwerden durch den Dienstherrn,
- ein konsequentes Vorgehen bei wiederholt unbegründeten oder missbräuchlichen Beschwerden,
- sowie eine verpflichtende finanzielle Absicherung betroffener Lehrkräfte, wenn diese gezwungen sind, Rechtsmittel einzulegen und die Beschwerden als unzutreffend beschieden werden.

Es darf nicht sein, dass Lehrkräfte die rechtlichen und finanziellen Risiken allein tragen, während sich unbegründete Vorwürfe über Jahre hinweg fortsetzen und ihre berufliche Existenz gefährden.

Darüber hinaus kritisiert der VRB Saarland scharf die derzeitigen Defizite in der Zusammenarbeit verschiedener Behörden im schulischen Umfeld. Insbesondere im Hinblick auf den Datenschutz besteht dringender Reformbedarf. In immer mehr Fällen wäre eine enge, fachübergreifende Kooperation unterschiedlicher Stellen zum Wohle des Kindes notwendig – sie scheitert jedoch regelmäßig an unklaren oder realitätsfernen datenschutzrechtlichen Auslegungen. Diese Problematik spricht der VRB Saarland seit Langem an. Die steigende Zahl sogenannter „Fälle mit Mehrfachzuständigkeit“ macht deutlich: Der Handlungsdruck wächst.

Der VRB Saarland fordert, so Karen Claassen, daher eine grundlegende Überarbeitung der datenschutzrechtlichen Rahmenbedingungen, die eine rechtssichere, aber praktikable Kommunikation zwischen Schulen und beteiligten Behörden ermöglicht.

Abschließend stellt der VRB Saarland klar: Elternarbeit ist ein unverzichtbarer Bestandteil schulischer Qualität. Sie kann jedoch nur gelingen, wenn sie auf Respekt, Verlässlichkeit und klaren Grenzen basiert. Schulen dürfen keine rechtsfreien Räume für persönliche Angriffe werden. Wer Lehrkräfte schützen will, muss jetzt handeln – politisch, rechtlich und strukturell.

Karen Claassen

→ SACHSEN-ANHALT

Bereits jetzt im Frühjahr 2026 werfen die bevorstehenden Landtagswahlen im Herbst 2026 in Sachsen-Anhalt ihre Schatten voraus. Der Sekundarschullehrerverband Sachsen-Anhalt hat bezugnehmend auf diese Landtagswahlen in unserem Bundesland „Wahlprüfsteine“ erarbeitet, in denen er grundlegende Forderungen des SLV an die Politik bzw. die Parteien dokumentiert, die in Bezug auf die Bildungspolitik der kommenden Jahre in Sachsen-Anhalt grundlegend und bedeutungsvoll sind.

Die politische Lage in Sachsen-Anhalt erscheint im Vorfeld der Wahlen sehr kompliziert und ungewiss. Parteien bedrohen unsere Demokratie und gewinnen anscheinend immer stärker die Oberhand. Schule und Bildung benötigen eine stabile und langfristige politische Grundlage und der Bildungsföderalismus muss unbedingt erhalten bleiben bzw. die Chance haben, sich weiterzuentwickeln. Folgende konkrete Forderungen stellt der SLV anlässlich der bevorstehenden Landtagswahlen, damit die Interessen der Schülerinnen und Schüler, aber auch der Lehrerinnen und Lehrer und aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Zukunft in den Schulen gewahrt bleiben.

1. FÖRDERUNG UND GEWÄHRUNG EINES STARKEN, DIFFERENZIIERTEN BILDUNGSSYSTEMS

Der SLV strebt eine Bildungslandschaft an, die die Gleichwertigkeit der Bildungswege akzeptiert und die Sekundarschule dabei als das entscheidende Bindeglied zwischen theoretischer Bildung und praktischer Tätigkeit fungiert. Dabei soll sich die Landespolitik auf das bundesweit bewährte dreigliedrige Schulsystem mit einer starken Sekundarschule als Mittelpunkt

konzentrieren. Das Vorhalten von Real- und Hauptschulbildungsgängen innerhalb der Sekundarschule muss auch in Zukunft die tragende Säule dieser Schulform bleiben. Der SLV weist mit Nachdruck darauf hin, dass für die Bezeichnung der Schulabschlüsse wieder die bewährten Bezeichnungen (Hauptschulabschluss, Qualifizierter Hauptschulabschluss, Realschulabschluss, Erweiterter Realschulabschluss) verwendet werden sollen.

2. UNTERRICHTSVERPFLICHTUNG DER LEHRKRÄFTE

Der SLV hatte sich bereits in der Vergangenheit vehement gegen jegliche Arten der Erhöhung der Pflichtstundenzahl der Lehrkräfte an den Sekundarschulen ausgesprochen. Wir fordern im Gegenteil die Herabsetzung der Pflichtstundenzahl, damit die Lehrkräfte wesentlich mehr Zeit zur Vorbereitung, Organisation und der Schaffung der fachlichen Kompetenzen für ihren Unterricht besitzen. Ebenso fordern wir höhere Abminderungsstunden für die Mentorentätigkeit zur Betreuung der Referendare und der Seiten- bzw. Quereinsteiger. Eine zukünftige Landesregierung muss ebenfalls über die Änderung der

Modalitäten für Abminderungsstunden im Alter nachdenken, die man in Sachsen-Anhalt schon seit vielen Jahren skandalös vernachlässigt hat. Jegliche Ideen der Abschaffung des Beamtenstatus der Lehrkräfte stehen nach unserer Meinung überhaupt nicht zur Diskussion.

3. SCHULSOZIALARBEIT

Der SLV fordert den flächendeckenden Einsatz von Schulsozialarbeiterinnen und Schulsozialarbeitern an allen Schulen des Landes, einhergehend mit sicheren Arbeitsverträgen und angemessener Entlohnung.

4. QUER- UND SEITENEINSTEIGER

Der SLV sieht die fundierte universitäre Ausbildung aller zukünftigen Pädagoginnen und Pädagogen und das sich daran anschließende Referendariat als das entscheidende Kriterium der Lehrerausbildung. Die immer noch verstärkte Einstellung von Quer- und Seiteneinsteigern mag der momentanen Not an fehlenden Lehrkräften geschuldet sein, sollte aber in Zukunft keinesfalls auf Kosten der universitären Lehramtsausbildung erfolgen.

5. MIGRATION UND INTEGRATION

Die immer stärkere Anzahl von Schülerinnen und Schülern in den Klassenzimmern ist hauptsächlich der immer größeren Anzahl von Migranten geschuldet. Das Beherrschen der deutschen Sprache ist eine entscheidende Grundlage für den schulischen Erfolg, aber auch für die ge-

sellschaftliche Teilhabe. Eine Integration in den Regelunterricht kann nur erfolgen, wenn ein angemessenes Niveau der deutschen Sprache erlangt wurde. Dazu benötigt es einen bedeutend höheren Anteil an Ressourcen, um diese Kompetenzen zu erlernen. Dies könnte und müsste durch spezielle Fortbildungen für Lehrkräfte und

den Einsatz von Fachkräften für Sprachförderung und auch durch verstärkte Maßnahmen der sozialen Integration erfolgen.

Diese bis hierher in Kürze erläuterten Wahlprüfsteine des SLV bilden aber nur einige Schwerpunkte der bildungspolitischen Forderungen, die durch weitere

Prüfsteine, wie z. B. Lehramtsstudium und Ausstattung der Sekundarschulen ergänzt werden. Auf unserer Website unter slv-net.de finden Sie die ausführlichen Wahlprüfsteine.

D. Frühauf

Heini Schmitt ist neuer dbb Fachvorstand Beamtenpolitik

Mit der Wahl von Heini Schmitt ist die dbb Bundesleitung wieder komplett und gut aufgestellt, um die Probleme des öffentlichen Dienstes anzupacken.



Foto: dbb/Jam Brenner

Heini Schmitt ist neuer dbb Fachvorstand Beamtenpolitik

„Ich freue mich auf die neuen Aufgaben und bedanke mich für das entgegengebrachte Vertrauen der Delegierten“, sagte Heini Schmitt nach seiner Wahl zum dbb Fachvorstand Beamtenpolitik am 1. Dezember 2025 in Berlin. „Aktuell gilt es stärker denn je, den Wert des Berufsbeamtentums in den gesellschaftlichen Fokus zu rücken. Es ist Stabilitätsanker in Krisenzeiten und fungiert als Bollwerk gegen Extremismus. Schließlich schwören die Kolleginnen und Kollegen einen Eid auf die Verfassung. Ganz entscheidend ist, dass wir den Markenkern des Berufsbeamtentums bewahren und weiter für die Attraktivität des öffentlichen Dienstes arbeiten. Nur so können wir die dringend benötigten Fachkräfte für die Zukunft des öffentlichen Dienstes gewinnen.“

Heini Schmitt ist seit November 2015 Landesvorsitzender des dbb hessen und Mitglied der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPoIG). Seine Wahl erfolgte durch den dbb Bundeshauptvorstand, dem höchst-

ten Gremium des dbb, das außerhalb der Gewerkschaftstage Entscheidungen trifft. Schmitt folgt auf Waldemar Dombrowski, der im Mai 2025 nach schwerer Erkrankung verstorben war.

„Ich freue mich sehr auf die Zusammenarbeit mit Heini Schmitt“, sagte Volker Geyer, Bundesvorsitzender des dbb. „Mit Heini Schmitt gewinnt die Bundesleitung eine kompetente Persönlichkeit, die sich mit den Kernthemen des Beamtenrechts auskennt, über viel gewerkschaftliche Erfahrung verfügt und voller Tatendrang steckt. Wir stehen in den nächsten Monaten bei der Verteidigung der Grundsätze des Berufsbeamtentums vor entscheidenden Herausforderungen, denen wir gemeinsam mit Kompetenz und Solidarität begegnen werden.“

*dbb Beamtenbund und Tarifunion –
Pressemitteilung vom 1. Dezember 2025*

Staat handlungsfähig machen

Impulse für Staatsmodernisierung und Bürokratieabbau



Foto: Tobias Koch

Bei der dbb-Bundeshauptvorstandssitzung stand in einem politischen Austausch zwischen den Vertretern der dbb-Mitgliedsverbände und dem CDU-Mitglied Ralph Brinkhaus die Modernisierung des Staates und der Umgang mit wachsender Bürokratie im Mittelpunkt. Dabei wurde deutlich: Der deutsche Staat verfügt weiterhin über leistungsfähige Strukturen und engagierte Beschäftigte – gleichzeitig wächst der Reformdruck.

Große Themen für den dbb

Der Bundesvorsitzende des dbb, Volker Geyer, benannte zentrale Herausforderungen für den öffentlichen Dienst. Dazu zählen insbesondere die Staatsmodernisierung, der Abbau von Bürokratie sowie die konsequente Digitalisierung der Verwaltung. Gleichzeitig kritisierte er das zunehmende „Beamten-Bashing“, das teilweise auch aus Regierungsparteien zu hören sei. Gerade in einer Phase tiefgreifender Transformation sei jedoch die Motivation und Unterstützung der Beschäftigten im öffentlichen Dienst entscheidend.

Funktionsfähiger Staat – aber mit wachsenden Problemen

Auch der CDU-Bundestagsabgeordnete Ralph Brinkhaus betonte zunächst, dass Deutschland weiterhin von einem leistungsfähigen Staat profitiere. Er verwies auf Beispiele, die viele Bürger als selbstverständlich wahrnehmen: Wer einen Notruf absetzt, kann in wenigen Minuten mit einem Rettungswagen rechnen. In Krankenhäusern werde geholfen, ohne zunächst nach der Kran-

kenkasse zu fragen. Diese Beispiele zeigen aus seiner Sicht, dass staatliche Strukturen grundsätzlich funktionieren.

Gleichzeitig diagnostizierte Brinkhaus jedoch eine abnehmende Handlungsfähigkeit des Staates. Der politische Wille zu Verbesserungen sei häufig vorhanden, scheitere aber an komplizierten Verfahren. Als Beispiel nannte er eine marode Brücke, deren Abrissgenehmigung rund zwölf Monate benötigt habe.

Auch aus Sicht der Bürger wirke der Staat zunehmend komplex. Brinkhaus nannte unter anderem den 26-seitigen Elterngeldantrag oder lange Wartezeiten auf Termine in Behörden. Besonders im Sozialbereich habe sich über Jahre eine erhebliche Bürokratiedichte aufgebaut.

Vom Ziel her denken – nicht von Strukturen

Als zentralen Reformansatz formulierte Brinkhaus einen Perspektivwechsel: Staatliches Handeln müsse stärker von klar definierten Zielen ausgehen, statt

primär bestehende Strukturen zu verwalten.

Als Beispiel führte er die Krankenhausreform an. Die entscheidende Frage sei nicht, möglichst viele Krankenhäuser zu erhalten. Vielmehr müsse das Ziel – etwa eine messbare Verbesserung der Lebenserwartung oder Versorgungsqualität – definiert werden. Erst anschließend müsse geprüft werden, welche Strukturen notwendig sind, um dieses Ziel zu erreichen.

Daraus leite sich ein weiterer Schritt ab: die systematische Überprüfung staatlicher Aufgaben. Diese müssten danach unterschieden werden,

- welche Aufgaben zwingend notwendig sind,
- welche sinnvoll, aber nicht zwingend erforderlich sind,
- und welche verzichtbar sein könnten.

Auf dieser Grundlage sei eine klare Priorisierung erforderlich.

Gleichzeitig warnte Brinkhaus vor einem übermäßigen Kontroll- und Regelananspruch. Die ersten 80 Prozent eines Ziels seien meist relativ leicht zu erreichen – die letzten 20 Prozent verursachten jedoch oft unverhältnismäßig hohen Aufwand. Nicht alles müsse bis ins letzte Detail reguliert werden.

Praxisnähe bei Gesetzen

Ein weiterer Kritikpunkt richtete sich an die Qualität von Gesetzen. Brinkhaus plädierte dafür, Gesetzentwürfe künftig vor ihrer Verabschiedung einem Praxistest zu unterziehen. Praktiker aus Verwaltung und Wirtschaft sollten frühzeitig prüfen, ob Regelungen in der Realität funktionieren.

Als Beispiel nannte er das Steuerrecht: Wenn Fachleute aus der Praxis bestätigen, dass ein Gesetz anwendbar sei, erhöhe dies die Wahrscheinlichkeit deutlich, dass es auch im Alltag funktioniert.

Führung, Motivation und Fehlerkultur

Neben strukturellen Fragen betonte Brinkhaus die Bedeutung guter Führung im öffentlichen Dienst. Nach seiner Einschätzung fehlt es auf Bundesebene bislang an einheitlichen Führungsgrundsätzen.

Weiterbildung sei zwar wichtig, müsse jedoch stärker zielgerichtet erfolgen. Entscheidend sei eine Führungskultur, die auf klare Ziele, Vertrauen und Verantwortung setzt. Dazu gehöre auch die Akzeptanz von Fehlern.

In Deutschland werde häufig zuerst nach Schuldigen gesucht, statt zu analysieren, wie Prozesse künftig verbessert werden können. Diese Kultur führe zu Absicherungsverhalten, Rechtfertigungen und Zuständigkeitsdebatten. Vorgesetzte müssten stattdessen Rückendeckung geben, um Motivation und Handlungsspielräume zu erhalten.

Kritisch äußerte sich Brinkhaus auch zum Laufbahnrecht, das seiner Ansicht nach teilweise demotivierend wirken könne.

Digitalisierung als Schlüssel

Zuversichtlich zeigte sich Brinkhaus hinsichtlich der Einrichtung eines eigenständigen Bundesministeriums für Digitalisierung und Staatsmodernisierung. In der Vergangenheit sei das Thema auf verschiedene Ressorts verteilt gewesen und dadurch oft in der politischen Priorität zurückgefallen. Eine Bündelung könne Fortschritte ermöglichen.

Auch sicherheitspolitische Entwicklungen unterstreichen aus seiner Sicht die Notwendigkeit stärkerer Zusammenarbeit. Angriffe auf digitale Infrastruktur zeigten, dass einzelne Kommunen solche Herausforderungen kaum allein

bewältigen können. Ähnliches gelte angesichts knapper öffentlicher Mittel für praktische Fragen der Zusammenarbeit. Brinkhaus nannte etwa Sicherheitspoller für Weihnachtsmärkte: Diese müssten nicht von jeder Kommune einzeln angeschafft werden, sondern könnten gemeinsam beschafft und flexibel genutzt werden.

Drei zentrale Reformprojekte

Gefragt nach konkreten Vorhaben, die er prioritär umsetzen würde, nannte Brinkhaus drei Projekte:

1. 24-Stunden-Unternehmensgründung Ziel sei ein standardisierter digitaler Prozess, bei dem Behörden, Finanzämter, Notare und weitere Stellen effizient zusammenarbeiten.

2. EUDI-Wallet Die europäische digitale Identitäts-Brieftasche könnte zahlreiche Verwaltungsprozesse vereinfachen und als Infrastruktur für weitere digitale Dienstleistungen dienen.

3. Registermodernisierung Viele staatliche Register arbeiten bislang mit unterschiedlichen technischen Standards und sind kaum miteinander kompatibel. Eine Harmonisierung sei eine Grundvoraussetzung für effizientere Verwaltung.

Eine Plattform für staatliche Dienstleistungen

Langfristig skizzierte Brinkhaus die Idee einer zentralen digitalen Plattform – ein „Verwaltungs-Amazon“. Gemeint sei damit kein reines Informationsportal, sondern eine Plattform, auf der Bürger

Verwaltungsleistungen tatsächlich vollständig erledigen können.

Gleichzeitig betonte er, dass digitale Angebote persönliche Anlaufstellen nicht ersetzen sollen. Für ältere Menschen oder komplexe Anliegen brauche es weiterhin Bürgerämter vor Ort, die als Helpdesks mit ausreichend Zeit und Beratung fungieren.

Motivation der Beschäftigten entscheidend

Zum Abschluss der Diskussion wurde deutlich, dass Reformen nur mit den Beschäftigten des öffentlichen Dienstes gelingen können. Aus dem Publikum kam der Hinweis, dass diejenigen, die Reformen umsetzen sollen, nicht durch politische Debatten oder zusätzliche Belastungen demotiviert werden dürfen – etwa durch Diskussionen über Alimentation oder ständig neue Aufgaben ohne ausreichende Ressourcen.

Trotz aller Herausforderungen zog Brinkhaus ein grundsätzlich positives Fazit: Deutschland sei ein gutes Land. Allerdings gebe es derzeit zu viel Wut im Land. Umso wichtiger sei es, staatliche Handlungsfähigkeit zu stärken und das Vertrauen in Verwaltung und Politik zu sichern.

Bernd Bischoff

Stellv. Bundesvorsitzender des VDR, Bernd Bischoff, und brlv-Landesvorsitzender Ulrich Babl, gratulieren dem neugewählten Stellvertretenden dbb-Bundesvorsitzenden, Heini Schmitt (Mitte)



Foto: brlv

Den Anschluss erreicht!

Nach äußerst schwierigen Tarifverhandlungen mit der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) wurde in der dritten Verhandlungsrunde ein Kompromiss erzielt, der im Volumen an das letztjährige Ergebnis für die Beschäftigten bei Bund und Kommunen anschließt. Insofern wurde auch das Hauptziel der Verbände und Gewerkschaften erreicht, wie es an der Basis in den zahlreichen Regionalkonferenzen und bei den Arbeitsk Kampfmaßnahmen vor Ort zum Ausdruck gebracht worden war.

Bei aller Erleichterung über das Erreichen des Minimalziels bleibt jedoch auch ein fader Beigeschmack, der sich aufgrund des Mangels an strukturellen Verbesserungen einstellt, die seit Jahren in relevanten Themenbereichen ganz oben auf der Agenda der Verbände und Gewerkschaften stehen. Hierzu zählen im Lehrerbereich vor allem die Verwirklichung der so genannten Paralleltabelle sowie der stufengleichen Höhergruppierung bei Beförderungen. Hier zeigte sich leider zum wiederholten Mal ein eklatanter Mangel an Gestaltungswillen und -kraft bei den Arbeitgebern, d. h. den jeweils Regierenden in den verschiedenen Bundesländern (außer Hessen!).

Wer die Art und Weise der Arbeitgeber in den Verhandlungen verfolgt hat, der stellt nicht nur eine befremdliche Uneinigkeit im Vorgehen und in der Zielrichtung fest, sondern nimmt auch eine bis an Zynismus reichende Haltung wahr, wenn der sachliche Diskurs zu einem Tarifthema mit inhaltlich völlig anderen Themen verknüpft wird und jede weitere Auseinandersetzung dazu durch Androhung von Blockaden torpediert wird.

Wer im Vorfeld Signale zu hören bekommt, die als „Rote Linien“ von vornherein die Grenzen der Gespräche markiert, dann von der ersten bis in die dritte Verhandlungsrunde hinein „auf stur stellt“, um „sein“ Thema durchzuboxen, der will gar nicht verhandeln, der will erzwingen. Damit ändert er den Charakter von Tarifverhandlungen, wie sie jahrzehntelange gängige Praxis waren und auch zum Erfolg geführt haben.

Ein beiderseitiger Wille und ein Ziel des Miteinander für die zukünftige Zusammenarbeit sind das Wesen der Tarifpartnerschaft. Ein Beleg dafür, dass diese Tarifpartnerschaft inzwischen weniger wert zu sein scheint als das individuelle, von Land zu Land unterschiedliche und unabhängige Vorgehen der Arbeitgeber, ist das Nachsteuern durch Erlasse und andere Regelungen bei den Defiziten im Tarifbereich. Denn die Not, Personal zu gewinnen, ist ja überall gleich.

Nur die notwendigen Maßnahmen und vor allem die finanziellen Ressourcen dafür sind von Land zu Land verschieden. So dass dann jedes Bundesland auf sei-

ne Weise versucht, das Personalproblem zu lösen. Allerdings mit unübersichtlichem Instrumentarium und hektischem Gebaren, um Menschen in den Schuldienst zu locken. Ein wenig vertrauenserweckendes Vorgehen als Arbeitgeber, das, so schnell es kommt, auch wieder auslaufen kann.

Tarifverträge dienen der Gleichwertigkeit der Arbeitsverhältnisse über die Grenzen der Bundesländer hinweg, sie sind Ausdruck eines gemeinsamen Gestaltungswillens der Arbeitsbedingungen der Beschäftigten in den je verschiedenen Berufsfeldern. In einigen davon geht es inzwischen sehr wertschätzend und maßvoll zu mit Ergebnissen, die allseits von großer Akzeptanz getragen werden. Im Schulbereich dagegen fehlt es bei der TdL seit Jahrzehnten an einer konsensorientierten Grundlage sowie einer ruhigen Hand, die die Voraussetzung für eine tarifliche Entwicklung und gedeihliche Ausgestaltung schafft.

Ein Mangel, der immer wieder zum Problem bei Tarifverhandlungen wird, der aber nicht mehr zeitgemäß erscheint. Und der zu Versäumnissen führt, die immer weiter auflaufen und dadurch das Vertrauen in den Arbeitgeber erheblich erschüttern.

Ulrich Gräler
VdR-Tarifverantwortlicher,
Mitglied der dbb-Bundestarifkommission

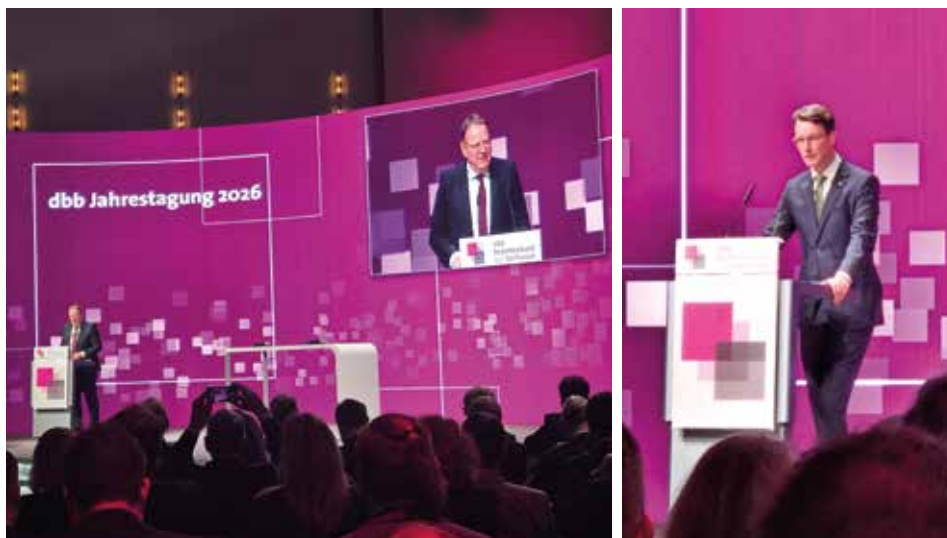
Wesentliche Details des Tarifabschlusses Entgelterhöhung zum

1. April 2026	2,8 %
1. März 2027	2,0 %
1. Januar 2028	1,0 %

Laufzeit: bis 31. Januar 2028

dbb-Jahrestagung in Köln:

Bildung, Staatsmodernisierung und Demokratie im Fokus



Zwei intensive Tage mit wichtigen Impulsen für den öffentlichen Dienst prägten die Jahrestagung des dbb beamtenbund und tarifunion in Köln. Vertreterinnen und Vertreter aus Politik, Verwaltung und Verbänden diskutierten zentrale Herausforderungen für Staat und Gesellschaft – darunter die Zukunft des Berufsbeamten, die Arbeitsbedingungen im öffentlichen Dienst, Digitalisierung sowie die Rolle von Bildung und Schule für eine stabile Demokratie.

Einen wichtigen Akzent setzte der Vortrag von Bundesinnenminister Alexander Dobrindt. Er betonte die Bedeutung des Berufsbeamten als tragende Säule von Staat und Demokratie. Gerade in Zeiten wachsender gesellschaftlicher Herausforderungen sei ein leistungsfähiger öffentlicher Dienst unverzichtbar. Diese Einschätzung hat auch für den Bildungsbereich große Bedeutung: Ein leistungsfähiger Staat benötigt ein starkes Bildungssystem – und damit verlässliche Rahmenbedingungen für Lehrkräfte und Schulen.

In diesem Zusammenhang wurde auch die Frage der amtsangemessenen Alimentation erneut thematisiert. Sie sei nicht allein eine finanzpolitische Frage, sondern Ausdruck der verfassungsrechtlich gebotenen leistungsgerechten Besoldung. Dies gelte in besonderem Maße für Lehrkräfte, die täglich Verantwortung für Bildung, Integration und die Vermittlung demokratischer Werte übernehmen. Eine angemessene Besoldung und verlässliche Rahmenbedingungen sind daher zentrale Voraussetzungen, um den Lehrerberuf attraktiv zu halten und die Qualität des Bildungssystems langfristig zu sichern.

Ein weiteres Thema der Jahrestagung war die zunehmende Gewalt gegen Beschäf-

tigte im öffentlichen Dienst. Auch Schulen sind von dieser Entwicklung betroffen. Lehrkräfte und Schulleitungen sehen sich zunehmend mit verbalen und teilweise auch physischen Angriffen konfrontiert. In den Diskussionen wurde deutlich, dass Beschäftigte im Bildungsbereich hier stärkere Unterstützung benötigen – sowohl durch klare rechtliche Regelungen als auch durch politische und gesellschaftliche Rückendeckung. Respekt gegenüber Schule und ihren Beschäftigten wurde dabei als grundlegende



Hochkarätige Gäste bei der dbb-Jahrestagung: Torsten Burmester, Oberbürgermeister der Stadt Köln, bei seiner Begrüßung (oben links), Hendrik Wüst, Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen, bei seiner Rede (oben rechts), Bundesinnenminister Alexander Dobrindt im Gespräch mit dem dbb-Vorsitzenden Volker Geyer (unten links), DL-Präsident Stefan Düll und VDR-Vorsitzender Ralf Neuschwender waren vor Ort (unten rechts)

Voraussetzung für ein funktionierendes Bildungssystem hervorgehoben.

Mit Blick auf die Zukunft des Staates rückte auch die Modernisierung der Verwaltung in den Fokus. Karsten Wildberger, Bundesminister für Digitales und Staatsmodernisierung, skizzierte Perspektiven für eine leistungsfähige und digital aufgestellte Verwaltung. Digitalisierung, Staatsmodernisierung und der Einsatz von Künstlicher Intelligenz seien zentrale Aufgaben der kommenden Jahre. Gleichzeitig wurde betont, dass diese Entwicklungen auch das Bildungssystem unmittelbar betreffen. Schulen dürfen bei der digitalen Transformation nicht abgehängt werden, sondern müssen aktiv in entsprechende Strategien einbezogen werden. Gleichzeitig bestand Einigkeit darüber, dass technologische Innovationen pädagogische Professionalität nicht ersetzen können. Moderne digitale Infrastruktur und neue Technologien können schulische Arbeit unterstützen, doch entscheidend bleiben qualifizierte Lehrkräfte, die pädagogische Prozesse gestalten und Schülerinnen und Schüler beim Lernen begleiten. Digitalisierung müsse daher mit sinnvollen pädagogischen Konzepten und angemessenen Rahmenbedingungen verbunden werden – nicht mit zusätzlicher Bürokratie.

Einen besonders eindringlichen Beitrag zur gesellschaftlichen Dimension von Bildung lieferte der Publizist und Jurist Michel Friedman. In seinem Vortrag erinnerte er daran, dass Demokratie keine Selbstverständlichkeit sei. Seine Worte „Nie wieder dürfen Menschen darüber entscheiden, wer Mensch ist“ verdeutlichten die Verantwortung, demokratische Werte aktiv zu verteidigen. Demokratie lebe vom Engagement der Bürgerinnen und Bürger und davon, dass Menschen Haltung zeigen.





Karsten Wildberger, Bundesminister für Digitales und Staatsmodernisierung, spricht über Verwaltung, KI und Souveränität (oben links), Ralf Neuschwender zusammen mit der Vorsitzenden der dbb-Bundesfrauenvertretung Milanie Kreutz (oben rechts), Publizist Michel Friedman ruft die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der dbb Jahrestagung 2026 zum Schutz von Rechtsstaat und Demokratie auf (unten links)



Vor diesem Hintergrund wurde auch die besondere Rolle der Schulen hervorgehoben. Bildungseinrichtungen sind zentrale Orte der Demokratiebildung. Hier lernen junge Menschen, unterschiedliche Meinungen auszuhalten, Argumente auszutauschen und Verantwortung für die Gesellschaft zu übernehmen. Gleichzeitig braucht der demokratische Diskurs klare Grenzen dort, wo Sprache entmenschlicht oder grundlegende Werte infrage gestellt werden.

Die Jahrestagung des dbb machte deutlich, wie eng Bildungspolitik, Vertrauen in staatliche Institutionen und die Stabilität

der Demokratie miteinander verbunden sind. Ein leistungsfähiger Staat ist auf einen starken öffentlichen Dienst angewiesen – und ein starkes Bildungssystem auf engagierte und gut unterstützte Lehrkräfte. Entsprechend wurde mehrfach betont, dass die Stärkung von Schule und Bildung eine zentrale Zukunftsaufgabe bleibt. Dazu gehören verlässliche Arbeitsbedingungen, angemessene Besoldung sowie politische und gesellschaftliche Unterstützung für die Arbeit der Lehrkräfte.

Ralf Neuschwender

Austausch mit dem Zentralverband des Deutschen Handwerks

Der Bundesvorsitzende des Verbands Deutscher Realschullehrer, Ralf Neuschwender, traf sich in Berlin mit Dr. Volker Born, Bereichsleiter Berufliche Bildung beim Zentralverband des Deutschen Handwerks (ZDH), zu einem intensiven Austausch über Berufsorientierung und die vielfältigen Schnittstellen zwischen Handwerk und den vom VDR vertretenen Schularten. Dr. Born betonte, dass der Anteil von Absolventinnen und Absolventen mit mittlerer Reife unter den neuen Auszubildenden im Handwerk in den vergangenen Jahren stark gewachsen ist und inzwischen die größte Gruppe stellt. Damit sind Realschulen und verwandte Schularten der Sekundarstufe I ein natürlicher Partner für das Handwerk.

Vor diesem Hintergrund streben VDR und ZDH eine weitere Vertiefung ihrer Zusammenarbeit an. Ziel ist es, Berufsorientierung in den Curricula der Bundesländer frühzeitig, verbindlich, kontinuierlich und praxisnah zu verankern. Eine zentrale Aufgabe besteht zudem darin, Eltern durch geeignete Angebote stärker einzubeziehen, damit Schülerinnen und Schüler ihre Praktika und Ausbildungswege bewusst und reflektiert wählen.

So können Ausbildungsabbrüche sowie ein Verbleib im Übergangssystem vermieden werden. VDR wie ZDH verfolgen das gemeinsame Ziel, junge Menschen dabei zu unterstützen, ein Berufsfeld zu finden, in dem sie langfristig selbstwirksam und zufrieden sind sowie gute Entwicklungsperspektiven haben.

Ralf Neuschwender





Fotos: © lehrer nrw

Der Gemeinschaftsstand von lehrer nrw und VDR war ein rege frequentierter Anlaufpunkt auf der didacta.

Starker Auftritt: lehrer nrw und VDR auf der didacta

Mit einem überzeugenden Auftritt auf der didacta hat lehrer nrw Werbung für sich selbst und für den Lehrberuf betrieben. Der Messestand in Halle 7 war ein Ankerpunkt nicht nur für Verbandsmitglieder, sondern auch für viele, überwiegend junge Lehrkräfte, die sich dort Rat und Informationen holen konnten. Die meisten waren sehr angetan vom Serviceangebot von lehrer nrw – einige traten dem Verband sogar spontan bei.

Im Gespräch: NRW-Schulministerin Dorothee Feller nutzte die Gelegenheit, sich mit dem lehrer nrw-Vorsitzenden Sven Christoffer über aktuelle bildungspolitische Themen auszutauschen.



Im Gespräch mit der Ministerin

Prominentester Gast am Gemeinschaftsstand von lehrer nrw und dem Verband Deutscher Realschullehrer war die oberste Dienstherrin der Lehrerschaft in NRW: Schulministerin Dorothee Feller schaute gleich zweimal vorbei und tauschte sich angeregt mit dem Landesvorsitzenden Sven Christoffer aus. Zu den Themen zählte ein von der Landesregierung auf den Weg gebrachtes 19. Schulrechtsänderungsgesetz, das zeitnah in die Verbändebeziehung gehen wird. Es soll unter anderem eine Erweiterung des Katalogs der Ordnungsmaßnahmen beinhalten.

Podiumsdiskussion

„Warum Lehrkraft werden?“

Auch in inhaltlicher Hinsicht hinterließ lehrer nrw Eindruck bei der didacta. So war der Verband federführend bei ei-

ner Podiumsdiskussion im Rahmenprogramm der Messe. „Warum Lehrkraft werden?“, lautete der Titel der von Verbands-Pressesprecher Jochen Smets moderierten Runde, in der vier erfahrene Pädagoginnen und Pädagogen mit viel Empathie berichteten, warum sie sich für den Lehrberuf entschieden haben – und ihn immer noch voller Leidenschaft und Herzblut ausüben. Wobei „immer noch“ auf Podiumsteilnehmerin Pia Hegener nicht ganz zutrifft: Sie ist seit 2014, zunächst als Referentin, dann als Referatsleiterin, im NRW-Schulministerium tätig, doch die ausgebildete Sonderpädagogin hat zuvor mehr als die Hälfte ihres bisherigen Berufslebens im Schuldienst verbracht – nämlich als Lehrerin und später Schulleiterin im Förderschulbereich. Ihre Begeisterung für den Lehrberuf klang dabei immer wieder durch – und das galt erst recht für die drei noch aktiven Lehrerinnen und Lehrer auf dem Podium: Hauptschullehrerin und Fachleiterin Wiebke Meyer, Realschullehrer und Vorsitzender junge lehrer nrw Tobias Braune sowie Realschulleiter Olaf Korte,



Warum Lehrkraft werden? Dieser Frage widmeten sich in einer Podiumsdiskussion (v.l.) Moderator Jochen Smets, Schulleiter Olaf Korte (Leiter Referat Schulleitung im Lehrer nrw), Referatsleiterin Pia Hegener (MSB NRW), Hauptschullehrerin und Fachleiterin Wiebke Meyer sowie Realschullehrer und Vorsitzender junge Lehrer nrw Tobias Braune.

der zugleich Leiter des Referats Schulleitung im Lehrer nrw ist. Sie schilderten ihren Werdegang und machten (ohne die teils schwierigen Rahmenbedingungen auszublenden) deutlich, wie erfüllend der Lehrberuf für sie immer noch ist. Exemplarisch dafür stand ein Brief, den ein früherer Schüler an Wiebke Meyer geschrieben hatte. Der Junge stammte aus Nigeria und hatte denkbar schlechte Integrationsvoraussetzungen, als er an ihre Schule kam. Doch dank engagierter Lehrkräfte und großem persönlichen Fleiß ging er seinen Weg. Später schrieb er besagten Brief, aus dem Wiebke Meyer zitierte: „Danke, dass Sie mich inspiriert haben, das Beste aus mir herauszuholen und dass Sie für mich da waren, als ich Hilfe brauchte.“

Steh Tisch-Talk mit Sarah Wanders

Um das Thema „Gewalt und Gesundheit an Schulen“ drehte sich der Stehtisch-Talk der Landeselternschaft Realschulen NRW am dritten Messetag. Dort machte Sarah Wanders, stellv. Vorsitzende von lehrer nrw, im Gespräch mit Karin Bültbrune von der LE-RS deutlich, dass verbale und körperliche Gewalt gegen Lehrkräfte in den letzten Jahren massiv zugenommen hat. Ihr Appell: „Jeder Angriff muss auch als Angriff auf die gesamte Schulgemeinde verstanden und sanktioniert werden.“ Zur Bekämpfung von Gewalt an Schulen sei es daher unerlässlich, dass Lehrkräfte, Eltern und auch Schülerinnen und Schüler gemeinsam ein klares Zeichen gegen Gewalt setzten, denn eine gewaltfreie Lernumgebung sei unter anderem auch eine Grundvoraussetzung für gelingendes Lehren und Lernen.

„Lernen und Prüfen neu denken“

Der VDR-Bundesvorsitzende Ralf Neugschwender war Gast auf einer Podiumsdiskussion mit dem Titel „Lernen und Prüfen neu denken“. Er betonte: „Künstliche Intelligenz verändert bereits heute, wie Schülerinnen und Schüler lernen – deshalb müssen wir auch unsere Prüfungsformate neu denken. Schule braucht einen positiven Leistungsbegriff, der individuelle



VDR-Bundesvorsitzender Ralf Neugschwender war Gast auf zwei Podiumsdiskussionen.

Stärken und Kompetenzen wie Kommunikation, Kollaboration, Kreativität und kritisches Denken stärker berücksichtigt. Damit das gelingt, brauchen Lehrkräfte klare rechtliche Rahmenbedingungen. Vor allem aber müssen die Bundesländer den Schulen mehr Zeit und Ressourcen geben, damit Kollegien gemeinsam innovative und rechts-sichere Prüfungsformate entwickeln können.“

Berufsorientierung als Schlüssel für einen gelungenen Übergang

Neugschwender nahm auf der didacta außerdem am Panel „Next Level Berufsorientierung: Individualisiert. Digital. Wirkungsvoll.“ teil. Dort stand vor allem die Frage im Mittelpunkt, wie Schulen Jugendliche in einer zunehmend komplexen Bildungs- und Arbeitswelt besser bei der Orientierung unterstützen können. Neugschwender verwies auf die enorme Vielfalt an Möglichkeiten: Derzeit gibt es in Deutschland 327 anerkannte Ausbildungsberufe sowie rund 11.000 Studiengänge, die zu einem berufsqualifi-

Steh Tisch-Talk bei der Landeselternschaft Realschulen NRW: Sarah Wanders, stellv. Vorsitzende von lehrer nrw, im Gespräch mit Karin Bültbrune (l.) von der LeRS.



Die beiden Verbandsvorsitzenden Sven Christoffer (lehrer nrw) und Ralf Neugschwender (VDR) freuten sich über den erfolgreichen Messeauftritt und dankten dem Team der zahlreichen Helferinnen und Helfer.



BILDUNG REAL

Heft 3-4/2026
erscheint im November 2026

Neue-Energie Kur
zurück zur inneren
Ausgeglichenheit

ab € 895,-*
* März bis Oktober

TOMESA FACHKLINIK

Riedstraße 19 | 36364 Bad Salzschlirf
Tel. (0 66 48) 55-0 | info@tomesa.de
www.tomesa.de

zierenden Bachelorabschluss führen. „Wer sich diese Zahlen vor Augen führt, erkennt schnell, wie sehr Jugendliche Orientierung brauchen“, sagte er. Umso wichtiger sei eine fundierte, frühzeitige und kontinuierliche Berufsorientierung. Sie sollte fest im Schulprofil verankert sein und Schülerinnen und Schüler über alle Jahrgangsstufen und in möglichst vielen Unterrichtsfächern hinweg begleiten – nicht erst kurz vor dem Schulabschluss.

Ein großer Dank ans Team

„Die didacta hat ihren Ruf als Innovationsstreiber der Bildung klar bestätigt“, re-

sümierte der lehrer nrw Vorsitzende Sven Christoffer. „Ganz besonders freut mich, dass wir mit unserem Team einen starken Eindruck hinterlassen haben – sowohl am Messestand als auch in den verschiedenen Gesprächs- und Diskussionsformaten. Großer Dank gebührt unseren Stand-Managern Thorsten Schmalt und Marcel Werner, die sich wieder einmal selbst übertroffen haben, sowie den zahlreichen freiwilligen Helfern, die den Messestand während der fünf didacta-Tage betreut haben.“

„Der gemeinsame Stand von VDR und lehrer nrw auf der didacta war ein voller

Erfolg“, so das Fazit von Ralf Neugschwender. „Besonders wertvoll waren die vielen Gespräche mit Lehrkräften sowie Entscheidungsträgern aus Politik, Wirtschaft und Verwaltung – etwa zu Themen wie Lehrkräftemangel, Digitalisierung und Schulentwicklung. Mein herzlicher Dank gilt lehrer nrw für die hervorragende Organisation und das vertrauensvolle, partnerschaftliche Miteinander.“

Jochen Smets

IMPRESSUM

Herausgeber

Verband Deutscher Realschullehrer
Mitglied im Deutschen Beamtenbund (dbb) und
im Deutschen Lehrerverband (DL)

Verband der Lehrerinnen und Lehrer
im Sekundarbereich
Ralf Neugschwender
Dachauer Str. 44 a · 80335 München
Tel.: +49 (89) 55 38 76
Fax: +49 (89) 55 38 19
info@vdr-bund.de

Redaktionsteam

Bernd Bischoff, Sven Christoffer, Dirk Meußner,
Kerstin Mück, Madeleine Helbig
Tel.: +49 (89) 55 38 76
info@vdr-bund.de

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben
nicht in jedem Fall die Meinung des Heraus-
gebers oder der Schriftleitung wieder.

Verlag

Druckerei Humbach & Nemazal GmbH,
Ingolstädter Str. 102, 85276 Pfaffenhofen

Layout

Daniela Boudgoust, www.bizzdesign.de

Zuschriften

Beiträge, Zuschriften und Besprechungsstücke
erbeten an die Schriftleitung. Für unverlangt
eingesandte Beiträge wird keine Verantwortung,
für unverlangt eingehende Bücher, Schriften
oder Arbeitsmittel keine Verpflichtung übernom-
men. Rücksendung erfolgt nur, wenn Rückporto
beiliegt. Alle Rechte, auch auszugsweisen Nach-
drucks der fotomechanischen Wiedergabe und
der Übersetzung, bleiben vorbehalten.

Anzeigenverwaltung

AVI. A. V. I. Allgemeine Verlags- und
Informationsgesellschaft mbH
Hauptstraße 68a
30916 Isernhagen
Tel.: +49 (05139) 98 56 59-0
Fax: +49 (05139) 98 56 59-9
info@avi-fachmedien.de
z. z. gültige Preisliste Nr. 16 vom 1.1.2026

Bestellungen und Adressänderungen

Druckerei Humbach & Nemazal GmbH,
Ingolstädter Str. 102, 85276 Pfaffenhofen

Bildmaterial

Soweit nicht anders gekennzeichnet, stammen
die Fotos aus dem VDR-Archiv.

Erscheinungsweise

Die BILDUNG REAL erscheint 3 x jährlich.
Redaktionsschluss: 4 Wochen vor Erscheinen.

Erfüllungsort und Gerichtsstand

Pfaffenhofen

**Redaktions- und Anzeigenschluss
für die Ausgabe Nr. 3-4/2026
ist der 23. Oktober 2026**



Besser finanzieren mit unserem besten BBBank-Zins¹

Sie haben große Pläne? Dann haben wir die passende Baufinanzierung. Als Hausbank des dbb vorsorgewerk bieten wir Ihnen individuelle Beratung und unseren aktuell besten BBBank-Zins¹.

Exklusiv für
dbb-Mitglieder
und ihre
Angehörigen



Jetzt informieren

www.bbbank.de/dbb oder Mail zum Thema
Baufinanzierung für dbb-Mitglieder an
baufinanzierung@bbbank.de

¹ Sie legen der BBBank vor Darlehensvertragsabschluss ein personalisiertes, aktuelles (nicht älter als fünf Bankarbeitstage) und verbindliches Konkurrenzangebot eines Kreditinstituts mit Sitz in Deutschland mit konkreten Parametern (Zinsart – variabel/fest, Zinsbindung, Rate/Tilgung, Immobilie und Sondertilgungsoptionen) vor. Dieses muss dieselben Parameter enthalten wie das künftige Darlehen, das mit der BBBank geschlossen werden soll. Die BBBank wird Ihnen sodann ein entsprechendes Angebot mit einem günstigeren Zinssatz unterbreiten. Sollte die BBBank die Kundenbonität oder Sicherheitenbewertung anders bewerten als das Kreditinstitut, das das Vergleichsangebot erstellt hat, kann sie die Darlehensvergabe ablehnen. Dieses Angebot gilt ausschließlich für Produkte, die im Leistungsangebot der BBBank enthalten sind. Änderungen, Anpassungen oder die Einstellung des Angebots bleiben vorbehalten.